

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Kultur und Europa**

16. Sitzung  
5. Dezember 2022

Beginn: 14.04 Uhr  
Schluss: 17.21 Uhr  
Vorsitz: Laura Neugebauer (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Aktuelle Fragen auf EU-Ebene und EU-  
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**  
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0057](#)  
KultEuro

Siehe Inhaltsprotokoll.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

#### **Aktuelle Entwicklungen der Berliner Kinder- und Jugendtheater**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0024](#)

KultEuro

#### Hierzu: Anhörung

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Hierzu begrüße ich die heutigen Anzuhörenden in alphabetischer Reihenfolge: Frau Dagmar Domrös, Künstlerische Leiterin des Theaters ohne Namen und Sprecherin des Landesverband für freie darstellende Künste Berlin – LAFT –; Frau Evelyn Geller, Künstlerische Leiterin des Theaters der kleinen Form; Herrn Philipp Harpain, Theaterleiter des GRIPS-Theaters in Begleitung des Geschäftsführers Herrn Andreas Joppich, der zur eventuellen Unterstützung in der Fragerunde dabei ist, und Frau Christina Schulz, Intendantin des Theaters an der Parkaue – Junges Staatstheater Berlin. Zudem begrüße ich Frau Sabine Köhncke, Referatsleitung Bühnen, Orchester, Tanz, Literatur und interdisziplinäre Einrichtungen von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Ich darf feststellen, dass Sie mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen für die Presse einverstanden sind? – Ich sehe Daumen hoch und Nicken. Dann gehe ich davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Auch hier sehe ich in den Reihen der Abgeordneten Nicken. – Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 der Tagesordnung für die Koalitionsfraktionen übernimmt Frau Kühnemann-Grunow.

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir haben diesen Besprechungspunkt nicht ohne Grund eingebracht. Es geht natürlich einmal darum, dass wir ein großes Interesse an der Entwicklung der Berliner Kinder- und Jugendtheater in der aktuellen Situation, ich sage mal, nach der Pandemie haben, wo Spielpläne umgestellt wurden, jetzt wieder umgestellt werden mussten und Stücke an die Pandemie angepasst wurden. In dem Zusammenhang interessiert uns natürlich auch, wie sich die derzeitige Inflation, die Preissteigerungen auf die Situation der Kinder- und Jugendtheater auswirken. Außerdem hat sich die Koalition in den Koalitionsvertrag geschrieben, die Kinder- und Jugendtheater in besonderem Maße fördern zu wollen und die Angebote, über Berlin insgesamt verteilt, zu stärken. Dementsprechend ist das eine Anhörung, die uns sehr wichtig ist.

In dem Zusammenhang wird unsere Fragerunde an die Anzuhörenden auch beinhalten, wie sich beispielsweise die Gehaltsstrukturen an den Kinder- und Jugendtheatern entwickeln werden, die sich vermutlich von den Angeboten für Erwachsene durchaus unterscheiden. Es ist ganz wichtig, dass wir noch einmal darüber sprechen, damit es uns gelingt, die gute Kinder- und Jugendtheaterlandschaft, die wir in Berlin haben, zu erhalten und im besten Falle auszubauen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Dann würden wir jetzt zur einleitenden Stellungnahme des Senats kommen. Daraufhin folgen die Stellungnahmen der Anzuhörenden, die pro Anzuhörendengruppe jeweils fünf Minuten betragen. Danach folgt wie gewohnt die Fragerunde für

die Abgeordneten, und danach besteht vonseiten der Anzuhörenden die Möglichkeit, auf diese einzugehen. Ich möchte aber zuerst Herrn Staatssekretär Dr. Wöhlert das Wort geben für die einleitende Stellungnahme des Senats.

**Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa):** Frau Vorsitzende, vielen Dank! – Meine Damen und Herren! Da wir uns nachher richtigerweise mit den zukünftigen Problemen im Bereich Kinder- und Jugendtheater beschäftigen werden und auch müssen, will ich die Einleitung ein wenig darauf verwenden zu gucken, was im Bereich Kinder- und Jugendtheater seit 2016 passiert ist. Die Koalition hatte sich damals bei ihrer ersten Runde, zu der sie angetreten ist, vorgenommen, Kinder- und Jugendtheater nachhaltig zu stärken. Ich will einmal versuchen, das jetzt im Stakkato mit ein paar Zahlen zu untermauern.

Ich fange mit den beiden quasi durch Haushaltstitel geförderten Theatern, die Parkaue und das GRIPS-Theater, an. Die Parkaue hatte 2016 ca. 6,2 Mio. Euro Etat, heute beträgt er 8,5 Mio. Euro. Das GRIPS-Theater lag bei knapp 3 Mio. Euro und ist jetzt bei knapp 4 Mio. Euro. Wir hatten 2016 auch ein einziges Kinder- und Jugendtheater in der Konzeptförderung – ich sage immer etwas scherzhaft, das ist die Champions League unserer nichttitelgeförderten Häuser –, das war das Theater Strahl mit gerundet 480 000 Mio. Euro, heute mit gerundet 1,2 Mio. Euro. In der Konzeptförderung kommt Atze mit knapp 1,9 Mio. Euro hinzu. Das sind in diesem institutionellen Bereich Zuwachsraten von knapp 40 Prozent bzw. 120 Prozent. Es gab 2016 basisgeförderte Kinder- und Jugendtheater, die pro Jahr ca. 600 000 Euro bekamen, heute sind das ca. 1,3 Mio. Euro, das sind 123 Prozent Steigerung.

Der letzte Punkt, auf den wir zum Schluss ein bisschen und im Laufe dieser Anhörung intensiver eingehen werden, sind die Kinder- und Jugendtheater, die über die Bezirke gefördert werden. 2016 hat da der Senat über verschiedene Ansätze 300 000 Euro hineingegeben, heute im Jahr 2022 liegen wir bei ca. 1,3 Mio. Euro und im nächsten Jahr bei ca. 1,5 Mio. Euro.

Das soll eigentlich nur unterstreichen, dass die Koalition in der Vergangenheit tatsächlich, soweit es sich mit Finanzmitteln regulieren bzw. steuern ließ, auf Kinder- und Jugendtheater einen Fokus gelegt hat. Das sieht man, wenn man will, auch an den Investitionsvolumen. Das Theater an der Parkaue befindet sich jetzt im zweiten von drei Bauabschnitten und wird am Ende um die 70 Mio. Euro in das Haus investiert haben. Beim Theater Strahl mit der neuen Spielstätte am Ostkreuz werden es, wenn dann alles fertig ist, ca. 4 Mio. Euro sein, die an dieser Spielstätte sinnvoll verbaut wurden, und last but not least, ist das Atze-Theater mit Unterstützung von Grün Berlin und anderen dabei, auf dem Tempelhofer Feld ein temporäres Theater zu errichten, das dann auch anderen Gruppen und Stätten zur Verfügung stehen soll. Wir gehen davon aus und hoffen, dass das im Sommer der Fall sein wird. Dann wird insgesamt eine halbe Million Euro investiert worden sein.

Wir hatten in dieser Zeit bei zwei Theatern heikle Situationen zu überstehen, zum einen beim Theater o.N. mit der Kündigung des Mietvertrags für die, ich sage mal, Wohnung, in der bis jetzt gespielt wurde. Das konnten wir ad 1 so lange verlängern bis wir ad 2 – und da sind wir jetzt gerade dabei – die Kapelle in der Fröbelstraße ausbauen und als Theaterstandort herrichten können. Das zweite, das hat diesen Ausschuss auch schon beschäftigt, war das Theater am Winterfeldplatz, einstmals Hanswurst und Nachfahren, dem auch eine Mietkündigung bzw. die Aufgabe des Standorts drohte. Hier konnten wir mit dem Eigentümer in Verhandlung gehen, sodass dieser Theaterstandort, heute als Feld Theater bekannt, erhalten bleiben konnte.

Das sage ich einfach zur Einordnung all dessen, was wir nachher richtigerweise an Problemen diskutieren werden.

Wir waren dann 2020/21 eigentlich am Start und warteten auf den Startschuss für eine verstärkte Förderung von Kinder- und Jugendtheatern auf der bezirklichen Ebene. Dann kam Corona dazwischen. Wir haben es während der Coronazeit geschafft, dass so gut wie kein Theaterstandort und kaum eine Theatertruppe coronabedingt aufgeben musste. Wir haben ungefähr 2,5 Mio. Euro über regionale Programme, ein wenig durch Coronasonderhilfen ergänzt, in diese Bereiche geben können. Bei den institutionell geförderten Theatern war das durch Kurzarbeit etc. naturgemäß, das kennen wir alles aus der Coronazeit, zumindest wirtschaftlich etwas einfacher. Wir reden jetzt nur über die wirtschaftliche Situation. Ab 2022 sind wir das erste Mal dazu gekommen, das Programm, das unter der Abkürzung KiA läuft, zur Stärkung der bezirklichen Kinder- und Jugendtheater zu starten – mit einem halben Jahr, das muss man auch wissen, vorläufiger Haushaltswirtschaft. Das heißt: Wir waren am Start, hatten die Richtlinien fertig und konnten ein halbes Jahr lang wegen der vorläufigen Haushaltswirtschaft kein Geld herüberreichen. Das wirkt sich am Ende natürlich auch darauf aus, was an Mitteln aus 2022 abfließen konnte; 2023 geht das mit Sicherheit besser.

Dieses Programm ist im Koalitionsvertrag und auch im Sprachgebrauch sehr oft mit: „Wir wollen die weißen Flecken füllen“, umschrieben worden. Der Ausdruck „weiße Flecken“ geht auf eine Studie, die der Jugendkulturservice vor ein paar Jahren gemacht hat, zurück, wo er festgestellt hat, dass es Gebiete in dieser Stadt gibt, in die kein Kindertheater kommt und aus denen kein Kind in ein Theater geht. Das Ziel war, diesen Zustand sukzessive zu beenden und diese weißen Flecken zu füllen. Das soll, kann und wird vorwiegend nur über die Bezirke gehen, weil wir uns in der Senatsförderung ein Förderregelwerk gegeben haben, das auf soziokulturelle Kriterien eher nicht ausgelegt ist und an vielen Stellen kleinere Kinder- und Jugendtheater nicht nur aus Kapazitäts- sondern auch aus Exzellenzgründen vor Juryentscheidungen nicht bestehen lässt. Dieses System gibt es jetzt auch in einer abgewandelten Form über die Bezirke und dient im Prinzip vier Zielen: Wir wollen die Stadträume erschließen, wo bisher kein Kinder- und Jugendtheaterangebot existiert, wir wollen zusehen, dass wir über diese Programme bezirkliche Standorte, die es gibt, stärken, wir wollen die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen fördern und Künstlerinnen und Künstler individuell fördern, indem wir sogenannte Aufführungsprämien oder Aufführungsgagen zahlen, damit dann Künstlerinnen und Künstler in bestehende Orte gehen können und dort ein entsprechendes garantiertes Entgelt bekommen. Die Administration dieses Programms obliegt entlang der Richtlinie den Bezirken. Wir versuchen diese Richtlinie so zu stricken, dass sie schon sagt, was sich der Senat dabei denkt, aber im Rahmen dessen den Bezirken einen möglichst großen Handlungsspielraum gibt. Die Philosophie dahinter ist, dass die Bezirke, da sie viel dichter vor Ort sind, sehr viel genauer wissen, wo an welcher Stelle der Schuh drückt, wo eine Förderung angebracht und wo vielleicht eher nachrangig ist. Dass die Mittel nie den Bedarf decken, ist etwas, das wir in diesem Ausschuss auch an anderer Stelle kennen, plus, dass jetzt neue und zusätzliche Probleme hinzukommen, die – dazu werden wir in den nächsten Stunden sicherlich einiges hören – den gesamten Bereich betreffen. Das sind durchaus Dinge, die das in vielen Bereichen des Kinder- und Jugendtheaters etablierte Prinzip der Selbstausschöpfung angreifen. Das meine ich jetzt positiv, auch wenn es am Ende ein Problem erzeugt. Es gibt die Gagenanhebung über den NV-Bühne, es gibt Mindesthonorare, Honoraruntergrenzen, die wir selbst gesetzt haben und die natürlich, wenn man das Angebot nicht einschränkt, zu erhöhten Kosten führen. Es gibt die allgreifende Inflation, die wir im Moment bei ca. 10 Prozent haben, die

auch wieder heruntergehen kann, die aber natürlich das gesamte Angebot, soweit man auf Dienstleisterinnen und Dienstleister angewiesen ist, verteuert. Last but not least haben wir ganze Frage Energie und Energiekosten, die zwar inflationstreibend sind, aber in der Situation noch mal besonders wirken. Hier kann ich sagen, um unter Umständen Fragen vorwegzugreifen, dass wir – „wir“ meint jetzt Senat – uns der Tatsache bewusst sind, dass es in den nächsten Monaten und vielleicht auch ein, zwei Jahren fast allen geförderten Einrichtungen so gehen wird, dass sie höhere Energiekosten zu stemmen haben. Wir werden, analog zu Corona, versuchen herauszufinden, welches Problem der Bund durch Bundeshilfen löst und wo dann die entsprechenden Lücken sind, wo wir mit Landeshilfen dazwischen greifen können. Das läuft naturgemäß jetzt erst an, aber wir werden das bei den Energiekosten auch im Kulturbereich so angehen. Nicht zuletzt deshalb ist der vergangene Nachtragshaushalt des Senats mit insgesamt 3 Milliarden Euro – selbstverständlich nicht alles für Kultur – verabschiedet worden, um diese Spielräume dann auch zu geben. – So weit. Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zu den Anzuhörenden. Als Erste möchte ich Frau Domrös das Wort geben. – Bitte schön!

**Dagmar Domrös** (Künstlerische Leiterin des Theaters o.N.): Liebe Anwesende! Vielen Dank für die Einladung und dass ich hier für das Theater o.N. und den LAFT Berlin sprechen darf! Das Theater o.N. ist ein freies Theater, das in der zweijährigen Basisförderung für Produktionsorte gefördert wird. Wir sind ein Kindertheater und setzen einen speziellen Fokus auf ein Publikum im Kitaalter. Wir forschen, produzieren und veranstalten also Festivals für Kinder von null bis sechs Jahren. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen des ganzen Ensembles für das Interesse und die Unterstützung der Senatsverwaltung bei der Spielortfrage unseres Theaters bedanken. Unser Mietvertrag in der Kollwitzstraße wird absehbar auslaufen, und – Herr Wöhlert hat es schon angesprochen – derzeit wird die Kapelle auf dem Gelände des Bürgeramts Fröbelstraße in einen Theaterraum umgebaut, den das Theater o.N. voraussichtlich ab 2025 als neuen Spielort gestalten darf. Auf diese Aufgabe freuen wir uns wirklich sehr.

Aus der Perspektive der kleineren und mobilen Theater stellen sich in den kommenden Jahren folgende Herausforderungen: Während der Pandemie wurde besonders deutlich, dass das Modell, auf Einnahmenbasis zu spielen, wie es bis dahin im Kindertheater weitverbreitet üblich war, in keinsten Weise sozial verträglich ist. Die Spielerinnen und Spieler trugen das komplette Risiko, wenn Kitagruppen und Schulklassen kurzfristig absagten, und bekamen beinahe immer Honorare unter der Honoraruntergrenze. In der Zeit des Lockdowns gab es für sie keinerlei Einkommensmöglichkeiten oder Absicherungen. Dies wurde dann vor allem mit Stipendien und Nothilfen ausgeglichen. Basierend auf dieser Erkenntnis stellte das Theater o.N., aber auch andere Theater, endlich auf ein Festgagenmodell um. Dies wurde mithilfe der Neustartgelder möglich. Wenn die Neustartgelder nun auslaufen, müssten diese zusätzlichen Kosten eigentlich von den Projektöpfen des Senats mitgetragen werden, wenn verhindert werden soll, dass wir wieder auf ein Einnahmenmodell zurückfallen oder Festgagen zahlen, die weit unter den empfohlenen Untergrenzen liegen.

Die kleinen Kinder- und Jugendtheater funktionieren teilweise als Repertoirebetrieb. Das heißt, sie folgen nicht der Logik, dass permanent neu produziert werden muss. Die Stücke werden oft mehrere Jahre gespielt und erreichen eine große Anzahl von Kindern. Dies widerspricht allerdings der derzeitigen Förderlogik eines permanenten Premierens- und Produktionsdrucks. Die sehr viel nachhaltigere Form des Repertoirebetriebs im Kinder- und Jugendtheater wird nicht unterstützt, weil in den Töpfen der ein- und zweijährigen Förderung viel zu wenig Geld drin ist, um daraus auch Programmmittel nehmen zu können. Diese Situation wird sich mit der nächsten Antragsrunde im Januar 2023 noch mal extrem verschärfen, wenn die Inflation, die steigenden Energiekosten und vor allem aber die neuen Honoraruntergrenzenempfehlungen von jetzt 250 Euro auf dann 310 Euro pro Person und Auftritt die Schere zwischen beantragten Budgets und den Summen, die die Jury vergeben kann, noch mal stärker auseinanderklaffen lassen wird.

Das Theater o.N. hier mal kurz als Beispiel: In 2021 hatten wir für die Jahre 2022 und 2023 rund 240 000 Euro beantragt und 160 000 Euro zugesprochen bekommen. Wenn wir die gestiegenen Strukturkosten plus die Festgagen mit den neuen Untergrenzen ansetzen, kommen wir für den neuen Antrag wahrscheinlich auf ein Budget von 350 000 Euro oder mehr. Wenn die Töpfe nicht erhöht werden, haben wir ein ernsthaftes Problem, und die Jury wird vor der Entscheidung stehen, ob insgesamt viel weniger Projekte gefördert werden oder alle den Mangel verwalten. Die Anzahl der Vorstellungen, also das Angebot für Kinder, würde drastisch sinken, es kämen nur noch aktuell geförderte Projekte mit den wenigen mitgeförderten Vorstellungen zur Aufführung, und Gastspiele mobiler Theater wären nicht mehr finanzier-

bar. Diese würden dann ausschließlich in der Peripherie im Rahmen des KiA-Programms auftreten. Hinzu kommt die Situation der zwölf bislang nicht regelmäßig geförderten Orte, die in der Coronazeit durch eine Sonderförderung aufgefangen wurden und nun durch das neue KiA-Bezirksprogramm aus unterschiedlichen Gründen nicht adäquat mitgefördert werden können. Um diese Orte vor der Schließung zu retten, bräuchte es entweder ebenfalls eine deutliche Erhöhung der Töpfe für die Produktionsortförderung, damit neue Spielstätten eine Chance hätten da hineinzukommen, oder eben eine andere rettende Lösung. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Vielen Dank auch Ihnen! – Ich möchte jetzt das Wort Frau Geller geben.

**Evelyn Geller** (Künstlerische Leiterin des Theaters der kleinen Form): Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Evelyn Geller. Ich bin heute hier, um über die Situation des Theaters der kleinen Form zu sprechen. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich, denn wir befinden uns in einer existenzbedrohenden Situation. In der Kürze der Zeit möchte ich Ihnen erläutern, wie es trotz des Haushaltstitels 68611 dazu kam.

Seit 30 Jahren arbeite ich für Kinder- und Familienpublikum als Puppenspielerin und habe in der Zeit mit Freunden, Künstlern und Kollegen den Verein Kinder im Theater e. V. gegründet. Dieser Verein ist der Trägerverein des Theaters der kleinen Form. Seit 13 Jahren mit dem Standort in der Gubener Straße 45, Berlin-Friedrichshain. Unser Zielpublikum sind Kinder ab drei Jahren und Familien, Hauptdarsteller sind die Puppen. Unser Theater ist ein Gastspieltheater. Es treten im Jahr 10 bis 20 Künstlerinnen und Künstler auf – darunter auch ich –, die Puppentheater für das jüngste Publikum anbieten und produzieren. Wir geben im Jahr 180 bis 250 Vorstellungen und haben im Theaterraum für 55 Gäste Platz. Im Jahr vor Corona hatten wir 8 000 bis 10 000 Besucher. Der Eintritt in unserem Theater ist dem in der Stadt üblichen Eintritt von 4,50 Euro plus dem Gutschein vom JKS in der Woche und 8 Euro pro Person am Wochenende angeglichen. Seit März 2022 bekommen wir aus dem oben genannten Titel nichts, obwohl der Haushaltstitel eigentlich genau die Förderung kleiner privater Puppentheater in Berlin vorgesehen hat.

2017 hatte ich bereits die Möglichkeit, im Kulturausschuss auf die Situation aufmerksam zu machen, dass es in Berlin neben sieben subventionierten Theatern sieben nicht-subventionierte – damals waren es sieben, heute sind es nur noch drei – gibt, die in einem direkten Wettbewerb zueinanderstehen. Das erstaunte die Parlamentarier damals sehr, und sie haben uns ad hoc 2018/2019 einen Betrag von 100 000 Euro zusätzlich für kleine nichtsubventionierte Theater mit fester Spielstätte zukommen lassen. Das war großartig, und ich bedanke mich dafür an dieser Stelle noch mal ganz herzlich!

Im Haushaltsplan 2021 wurde der Betrag mit anderen Positionen zusammengelegt und um weitere 300 000 Euro aufgestockt, daraus entstand der Titel 68611 mit insgesamt 1,5 Mio. Euro. Der Zweck des Titels wurde jetzt allerdings mit Erläuterungstext bereits in Richtung einer Förderung der Bezirke gelenkt – Schwerpunktsetzung in den Bezirken. Im neuen Haushaltstitel 2022/2023 wurde im Erläuterungstext der gesamte Etat des Haushaltstitels auf die Bezirke verlagert, das heißt: Förderung auf bezirklicher Ebene. Diese Formulierungen sind die Details, um die es mir heute hier geht. Das bedeutet nämlich im Klartext: Antragsteller und Mittelempfänger sind von nun an die Bezirke, nicht mehr die Theaterspielstätten und die freien Spielerinnen und Spieler.

2020 kam Corona, und die Weiterleitung der Zuständigkeit an die Bezirke musste verschoben werden. In dieser Zeit wurde die Vergabe der Gelder direkt von der Senatsverwaltung übernommen. Wir stellten unsere Anträge auf Spielstättenförderung in Form von Miete, Betriebskosten, Personalkosten und Honorare vom 1. September 2020 bis 28. Februar 2022 bei der Verwaltung. Das funktionierte in der Zeit reibungslos. 2022 wurde dann der gesamte Haushaltstitel auf die Bezirke verteilt. Das geschah unter Maßgabe der sogenannten KiA-Leitlinie des Senats; Kernpunkte sind hier kurz: Erstens: Förderung einzelner Vorstellungen, mobiler Spieler in theaterunterversorgten Stadtteilen, hier in diversen Einrichtungen durch sogenannte Aufführungsprämien mit 400 Euro bis 1 200 Euro. Das ist ein Anteil von 35 Prozent. Zweitens: Erhalt und Stärkung der bestehenden freien nichtgeförderten Kinder-, Puppen- und Jugendtheaterspielstätten durch Finanzierung der Miete, der Honorare und der Sachkosten in Höhe von 35 Prozent. Drittens: Die Förderung diverser Projekte und Recherchen des Bezirks selbst mit 30 Prozent der Gelder aus diesem Etat.

Unser Theater befindet sich im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Der für die Umsetzung der KiA-Leitlinie zuständige Mitarbeiter ging folgendermaßen vor:

Zu Aufführungsprämien: Die Aufführungsprämien für die mobilen Spielerinnen und Spieler werden sowohl für Auftritte in bezirkseigenen und weiteren subventionierten sozialen Einrichtungen gewährt als auch im bestehenden Theater der kleinen Form. Obwohl der Stadtteil Friedrichshain-West mit unserem Theater in keiner Weise als theaterunterversorgt gelten kann, hat der Bezirk seine bisher 14 eigenen als soziokulturellen Einrichtungen bekannte Orte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft als Auftrittsorte für mobile Spielerinnen und Spieler ausgerufen und sie mit Aufführungsprämien gelockt. Drei dieser Einrichtungen befinden sich in unmittelbarer Nähe unseres Standorts, unter 1 km. Diese Orte werden vom Bezirk oder der Stadt mit der Miete und den Personalkosten voll finanziert. Das ist unlauterer Wettbewerb. Im Bezirk Kreuzberg ansässige Theater – Spielstätten wie das Fliegende Theater und das Theater im Bergmannkiez – werden vom Senat finanziert und hier genau vor diesem Wettbewerb geschützt, denn hier dürfen in der Umgebung gar keine Aufführungsprämien der freien Spieler beantragt werden.

Zur Spielstättenförderung: Die Spielstättenförderung erhalten wir in unserem Bezirk nicht. Unsere Anträge auf Erhalt und Stärkung des Theaters wurden mit dem Argument, die Mieten dürften mit den Mitteln der KiA-Leitlinie nicht gefördert werden, gar nicht angenommen. Stattdessen wurden mit diesem Geld irgendwelche Projekte in Parks gefördert, die nichts mit dem Erhalt der bestehenden Spielstätten zu tun haben. Das war es für uns in diesem Bezirk. Als Theater der kleinen Form erhalten wir somit aus dem Titel gar nichts.

Es geht aber auch anders. Die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Lichtenberg und Tempelhof-Schöneberg haben sehr wohl für ihre ungeforderten privaten Spielstätten die Kosten für Miete und Fixkosten übernommen. Der Bezirk Treptow-Köpenick – –

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Frau Geller, ich möchte Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Evelyn Geller** (Künstlerische Leiterin des Theaters der kleinen Form): Ja.

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Vielen Dank! Es gibt ja gleich noch die Fragerunde.



**Evelyn Geller** (Künstlerische Leiterin des Theaters der kleinen Form): Ganz kurz. Auf unsere Frage, wie es sein kann, dass Friedrichshain-Kreuzberg dem einzigen nichtgeförderten Theater keine Spielstättenförderung gewähren will, wurde uns über eine Mitarbeiterin mitgeteilt, dass die anderen Bezirke die Leitlinie nicht begriffen hätten und sich mit ihrer Vorgehensweise mit der Senatsverwaltung eng abgesprochen haben. – Danke sehr!

**Vorsitzende Laura Neugebauer**: Vielen Dank! – Ich möchte jetzt Herrn Harpain für das GRIPS das Wort geben.

**Philipp Harpain** (Künstlerischer Leiter des GRIPS-Theaters): Vielen Dank! – Herzlichen Dank für die Einladung! Frau Neugebauer! Hallo, sehr geehrte Damen und Herren! Hallo, Herr Dr. Wöhlert! Erst mal vielen Dank für die Einladung und im Namen des gesamten Arbeitskreises der Kinder- und Jugendtheater vielen Dank für den Fokus auf die Kinder- und Jugendtheater und die Aufwüchse, die es in den letzten Jahren gegeben hat! Wir haben gemerkt, dass es diesen Schwerpunkt gibt. Ich möchte auf eine Vorlage zum Finanzbedarf, die wir mitgebracht haben, dazu werden wir Anfang des Jahres konkreter werden, und noch auf eine zweite Vorlage vom Theater Morgenstern, ebenfalls zu KiA, hinweisen.

Dann möchte ich auch herzlichen Dank an den Senat und an die Verwaltung für die Unterstützung während der Pandemiezeit und natürlich an unser Publikum sagen, das uns treu geblieben ist und nach wie vor gern in ganz viele Kinder- und Jugendtheater geht und uns wirklich zahlreich besucht!

Zu der Pandemie kann man sagen: Sie ist wirklich noch nicht vorbei, auch wenn sie vielleicht weniger gefährlich geworden ist. Die Auswirkungen merken wir immer noch, das heißt, es gibt sowohl an den Theatern wie auch im Publikum einen hohen Krankenstand. Das wirkt sich so aus, dass manchmal Vorstellungen, die voll gebucht waren, dann plötzlich nur noch halb voll sind, weil auch die Klassen plötzlich nur noch halb voll sind. Die Möglichkeit der Bundeshilfe, die wir vom GRIPS in Anspruch nehmen konnten, fällt im Januar weg. Das heißt, für diese Fälle haben wir dann keinen Ausgleich mehr, und wir merken: Es kommt in bestimmten Bereichen zu einer Überbelastung, die eigentlich seit die Pandemie besteht. Bei uns betrifft es ganz besonders das KBB, das ist das Künstlerische Betriebsbüro, wo alles organisiert wird, aber auch den Besucherservice, weil man nicht nur Karten annimmt, sondern auch wieder rückbuchen muss. Das führt bei uns tatsächlich zu Krankheit und zu Ausfällen. In dem Moment, wo in diesen Bereichen drei Leute noch nicht mal auf festen Stellen arbeiten, haben wir ein Riesenproblem, weil es sich fortsetzt und auch in andere Bereiche geht.

Jetzt würde ich ganz gern zu weiteren Finanzsachen an Andreas Joppich übergeben, weil es dann knackig wird.

**Andreas Joppich** (GRIPS-Theater; Geschäftsführer): Ich möchte auf das Thema Inflation zu sprechen kommen. Klar, die Energiekosten – davon gehe ich aus – verdoppeln sich, aber es sind auch andere Sachen. Zum Beispiel haben 1 500 Flyer letztes Jahr 400 Euro gekostet, und dieses Jahr sind wir bei knapp 600 Euro. Natürlich wollen auch Regisseurinnen bzw. Regisseure, Autorinnen bzw. Autoren und Bühnenbildnerinnen bzw. Bühnenbildner, die bis jetzt immer für Kinder- und Jugendtheater ganz besonders niedrige Preise gemacht haben, doch zumindest einen Inflationsausgleich haben. Wenn ich jetzt gucke: 8 Prozent in diesem und 7 Prozent im nächsten Jahr, dann bin ich zusammen bei 15 Prozent. Bei Sachkosten von

1,4 Mio. Euro sind das 200 000 Euro. Das sind zwei Drittel unseres Produktionsbudgets für Neuproduktionen. Das heißt konkret, wir könnten noch 1,5 Neuproduktionen pro Jahr machen. Daraus resultiert ein bisschen die Forderung, dass wir nicht nur auf Energiekosten, sondern grundsätzlich auf Inflationkosten gucken. Das ist auch im Interesse der mobilen Theatertruppen, bei denen Energie eher nicht der große oder zumindest kein direkter Faktor ist.

Dann haben wir, das war gerade schon bei Frau Domrös Thema, auch aus dem Arbeitskreis mitgenommen, dass der Infrastrukturerhalt und die Inflation für viele der kleinen Kinder- und Jugendtheater ein großes Problem sind. Wir wissen, dass von den dezentralen Spielstätten schon drei zugemacht haben und weitere bedroht sind.

Ein anderes Thema sind die Gehälter. Gerade wurde deutlich, wie belastet die Mitarbeiter sind, sodass die Mehrbelastungen der Coronapandemie letztendlich dazu führen, dass sie überlastet und krank werden, dass wir also mehr Stellen brauchen, trotzdem ist es auch ein Thema der Gehaltshöhe. Von Herrn Wöhlert wurde gerade schon angesprochen, dass sich der Bühnenverein und die Gewerkschaften auf 2 700 Euro für Berufseinsteiger und 2 900 Euro für künstlerisch Beschäftigte mit zwei Jahren Erfahrung geeinigt haben. Bevor die großen Erhöhungen im GRIPS-Theater gemacht worden sind, lag die Einstiegsgehalt bei uns bei 1 800 Euro. Das zeigt ein bisschen die Dimension der Entwicklung und auch, wo dann ein Großteil des Geldes hingegangen ist.

Im Kinder- und Jugendtheater ist auch die Spreizung nicht so hoch. Das heißt, 2 900 Euro ist bei uns im künstlerischen Bereich mehr als der Durchschnitt gewesen und acht von 13 Schauspielern sind unter dieser Gage bezahlt worden. Was es heißt, unter der Mindestgehalt bezahlt zu werden, macht ein Beispiel einer Schauspielerin deutlich, die inzwischen schon seit vier Jahren bei uns im Haus arbeitet. Mit ihrer Gage von 2 300 Euro bis 2 400 Euro war eine Wohnung in der Nähe des Theaters nicht zu kriegen. Bei geteilten Proben heißt das: Sie befindet sich drei bis vier Stunden pro Tag auf dem Weg zur Arbeit. Wie soll man unter diesen Bedingungen dann künstlerisch-kreative Höchstleistungen bringen?

Die bereitgestellten Mittel zur Lohnerhöhung reichen für diese Anpassung an die Mindestgehälter nicht. Da bräuchten wir etwa das Doppelte, also etwa 100 000 Euro mehr. Darin ist auch nicht enthalten, dass zwischen dem Bühnenverein und den Gewerkschaften auch etwas für Gäste vereinbart worden ist, nämlich 10 Prozent der Mindestgehalt für Festangestellte. Wir zahlen davon etwa 75 Prozent, obwohl wir dieses Jahr aus eigenen Mitteln erhöht haben. Im nichtkünstlerischen Bereich zahlen auch alle Kinder- und Jugendtheater, die privat sind, nicht im TV-L. Auch hier gibt es einen großen Bedarf. Ich weiß von zwei Mitarbeitenden in Teilzeit, dass sie inzwischen nicht mehr kochen und heizen, weil sie Angst haben, die Kosten dafür nicht tragen zu können.

**Philipp Harpain** (Künstlerischer Leiter des GRIPS-Theaters): Ich übernehme noch mal. Es geht um Überlastung, Inflation und um die Gehälter, sowohl bei den festen wie auch den Honorarverträgen. Trotzdem: Das Publikum kommt gern zu uns, ich glaube, zu allen Kinder- und Jugendtheatern, weil sie sich dort mit ihren Ängsten und Sorgen auf der Bühne wiederfinden und unterhalten fühlen.

Bei uns im GRIPS, kann ich vielleicht auch noch sagen, gibt es viele tolle Sachen, die wir tun. Wir haben den Ikarus für „Selfie“ bekommen, wir haben „Ab heute heißt du Sara“ wieder auf

die Bühne gebracht, wir werden eine Neuinszenierung der „Linie 1“ machen. Wir haben eine Kooperation mit Tikwa vor, die dank der Bundeskulturstiftung auf drei Jahre angelegt ist. Wir haben uns am Wochenende mit dem Programm „Theater auf Rezept“ beschäftigt, das heißt, wir hatten ganz viele Kinderärzte im GRIPS-Theater, die tatsächlich Theater auf Rezept ausstellen, damit Kinder und Jugendliche, die keinen Zugang zum Theater haben, das Theater besuchen können. Wir waren uns mit den Kinderärzten total einig, dass während der Pandemiezeit Kinder und Jugendliche in allen Bereichen, die sie angehen – Schule, Bildung und Familie –, tatsächlich zu kurz gekommen sind. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Vielen Dank! Ich würde Sie bitten, beide Mikrofone auszumachen, weil das für den Ton immer ein bisschen besser ist, wenn nur ein Mikrofon an ist, und möchte jetzt das Wort an Frau Schulz geben.

**Christina Schulz** (Intendantin des Theaters an der Parkaue): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Staatssekretär! Sehr geehrte Anwesende! Vielen Dank für die Einladung zur Anhörung, der ich sehr gern nachkomme! Wie Sie wissen, ist das Junge Staatstheater Berlin, das Theater an der Parkaue, eins der vier Staatstheater in Berlin und seit der Spielzeit 2021/22 mit einer Doppelintendanz versehen, bestehend aus mir und Alexander Riemenschneider. Ich möchte gern auf vier Aspekte eingehen, die uns im Moment besonders intensiv beschäftigen. In Teilen sind diese Aspekte für die anderen Kinder- und Jugendtheater genauso relevant, einige beschränken sich auf unsere spezielle Situation an der Parkaue.

Der erste Aspekt bezieht sich auf Publikum, Auslastung, Eintrittspreise und Schule als wichtigstes Besucherinnensegment. Die Kinder- und Jugendtheater zeichnen sich grundlegend durch eine hohe Preissensibilität aus. In Kinder- und Jugendtheatern setzen wir alles daran, umfassende Teilhabe zu ermöglichen und Ausschlüsse zu reduzieren. So, wie sich zurzeit die Preise und Lebenshaltungskosten entwickeln, ist davon auszugehen, dass sich mehr und mehr Familien in prekären ökonomischen Situationen wiederfinden und damit der Theaterbesuch infrage steht. Daher ist es umso wichtiger, dass die Förderung der Besuche über die Bildungsinstitutionen gestärkt wird, zum Beispiel die Zuschüsse des Jugendkulturservices und darüber hinaus Projekte, wie der „Kulturrucksack“, angegangen werden und die Initiative „Kulturbus“ ausgebaut wird.

Wir sind immer noch – wir haben es schon gehört – von pandemiebedingten Besucherinnen- und Besucherabsagen betroffen. Unser Publikum setzt sich vor allem aus Gruppen bzw. Klassen zusammen. Die Absage einer Klasse bedeutet je nach Saalgröße schnell mal bis zu einem Viertel oder Drittel weniger Auslastung, bei kleineren Theater noch mehr. Dafür muss es bei der Bewertung der aktuellen Auslastungszahlen durch den Senat ein Bewusstsein, besser noch einen finanziellen Ausgleich geben. Die Rahmenbedingungen an Schulen haben sich nach dem Lockdown verändert. Sie sind damit beschäftigt, pandemiebedingte Wissenslücken abzubauen und nutzen dafür Freiräume im Schulalltag, die uns als Theatern dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Zudem leiden die Berliner Schulen unter einem Lehrerinnen- und Lehrermangel und befinden sich mitten in einem Generationswechsel. Für unser Theater bedeutet das, neue Strategien für eine nachhaltige Beziehungsarbeit in das System Schule hineinzu entwickeln, wofür wir aber mit Stellen und Budget nicht ausreichend ausgestattet sind.

In den Richtlinien der Regierungspolitik des Senats von 2021 bis 2026 steht: Im Jahr 2022 wird Berlin ein Jugendkulturticket für unter 21-Jährige ermöglichen, und dabei ein Augen-

merk auf Kinder- und Jugendtheater legen. Das ist toll, das begrüßen wir ausdrücklich. Jedoch profitieren die Kinder- und Jugendtheater vom aktuellen Vorhaben des Tickets für junge Menschen im Alter von 18 bis 23 Jahren nicht, denn diese Altersgruppe findet ihren Weg nicht mehr ins Kinder- und Jugendtheater, sondern in die Erwachsenentheater der Stadt. In Berlin können Kinder und Jugendliche in die Mehrzahl der Museen und Bibliotheken ohne Eintritt und Beiträge gehen. Das ist wichtig und unterstützenswert, aber es braucht vergleichbare politikgestützte Konzepte oder Kompensationen für alle Kinder- und Jugendtheater.

Zweiter Aspekt: Personal und Gagen. Wir begrüßen die stufenweise Mindestgagenerhöhung im NV-Bühne für Gastverträge und festes künstlerisches Personal sehr. Das war überfällig, da die geringen Gagen oft die Lebenshaltungskosten zumindest in Großstädten nicht mehr decken können. Größere landeseigene Bühnen oder auch private Theater mit öffentlicher Förderung, damit meine ich die größeren Theater, sind von Mindestgagenanpassungen weniger betroffen, da ihre Gagen insgesamt höher sind. Im Theater an der Parkaue betrifft das allerdings bis zur letzten Stufe im September 2023 bis zu 50 Prozent des künstlerisch festbeschäftigten Personals. Damit diese Mindestgagenerhöhung aber nicht zu neuen Ungleichheiten im Tarifgefüge im Theater führen, müssen eigentlich auch alle weiteren Gagen überprüft und schrittweise angepasst werden – die Ungleichheit von TV-L und NV-Bühne innerhalb eines Betriebs habe ich da noch gar nicht mitgedacht. Theater für junges Publikum ist nicht weniger wert und künstlerisch genauso anspruchsvoll wie Theater für ein erwachsenes Publikum. Es gibt keinen Grund für finanziell schlechtere Vertragsbedingungen an Kinder- und Jugendtheatern. Eine angemessene Bezahlung darf nicht zulasten der künstlerischen Etats gehen.

Im Theater an der Parkaue steht uns innerhalb der Gewerke ein Generationswechsel bevor, und das in Zeiten eines Fachkräftemangels. Wir stehen hier nicht zuletzt wegen einer nicht gleichwertigen Finanzausstattung mit den anderen Staatstheatern vor großen Herausforderungen, die sich aktuell schon in Gagenverhandlungen und Bewerbungsverfahren ankündigen. Dass Tarifsteigerungen übernommen werden sollen, begrüßen wir außerordentlich, dass wir aber grundsätzlich einen Mehrbedarf an Stellen und Finanzierung haben, wurde hier bereits vom vorherigen Intendanten unseres Theaters als dringlich vorgetragen.

Neuer Aspekt: Bau, Räume, Inklusion, Barrierefreiheit. Wie Sie wissen, befindet sich das Theater an der Parkaue im nächsten Bauabschnitt einer längerfristigen Sanierung. Und ich kann sagen: Wir sind über diese Baumaßnahmen froh, wir sind bislang im Zeitplan und wir freuen uns schon jetzt über die Bespielung von drei Bühnen und über moderne Proben- und Workshopräume, von denen wir im Moment zu wenige haben. Dennoch sehen wir uns vor der Situation, dass Barrierefreiheit im Sanierungskonzept nicht konsequent mitgedacht ist. Diversität und Inklusion sind uns auf der Bühne und in der Belegschaft genauso wichtig, wie es der Kultursenator fordert. Diesem Anspruch können wir aktuell und auch zukünftig nur bedingt gerecht werden.

Inflation und Energiekosten: Da sind wir alle im gleichen Boot, deswegen möchte ich auf die vorhersehbaren Risiken an dieser Stelle nur hinweisen. Für die kleineren und wesentlich von Projektförderung und Zuschüssen abhängigen Kinder- und Jugendtheatern ist die aktuelle Situation allerdings schon existenzgefährdend, und es braucht zu deren Unterstützung kurzfristige und zielführende Konzepte. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Vielen Dank dann auch an Sie! – Ich möchte jetzt zur Aussprache kommen. Ich habe im Moment auf der Redeliste: Herrn Dr. Juhnke, Herrn Förster, Frau Billig, Herrn Altuğ und Frau Dr. Schmidt. – Dann beginnt Herr Dr. Juhnke!

**Dr. Robbin Juhnke (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch vielen Dank an alle Anzuhörenden für dieses Update! Wir haben ja, wenn ich mich richtig erinnere, 2017 schon mal in einem sehr ähnlichen Kreis hier im Ausschuss zusammengesessen und damals eine Bestandsaufnahme der Situation unternommen. Vieles hörte sich damals ähnlich an. Bestimmte Fragen, die aufgeworfen wurden, die ich mal unter dem Stichwort „kleines Geld für kleine Leute“ zusammenfassen will, haben sich ein bisschen bewegt, aber die Grundproblematik scheint nach wie vor vorhanden zu sein. Würden Sie das bestätigen? – Vor dem Hintergrund der Coronapandemie ist jetzt natürlich noch einiges weiter in Schieflage geraten. Sie sind teilweise auch schon auf einzelne Aspekte eingegangen, aber ich würde auch die anderen, die sich noch nicht dazu geäußert haben, ausdrücklich auffordern, zu der Frage der Fördersystematik Stellung zu nehmen. Natürlich ist es problematisch, bei einem doch heterogenen Förstersystem oder Empfängern, vom Staatstheater bis hin zum Ein-Frau-Betrieb, eine gemeinsame Struktur überzuhelfen, aber gleichwohl gab es da schon den ein oder anderen interessanten Hinweis, auch von Frau Domrös. Vielleicht haben Sie dazu auch noch eine Idee. Die würden uns natürlich interessieren.

Wir hatten damals auch eine Automatik diskutiert: Jede Schulklasse geht mindestens einmal im Jahr ins Theater. Ist das implementiert worden? – Was kann der Senat an der Stelle auch noch berichten? Ist in der Stoßrichtung etwas unternommen worden?

Wie stehen Sie zu der Thematik Nachhaltigkeit, Repertoirebetrieb, die ja auch aufgeworfen wurde, wo eine Förderschieflage identifiziert wird, dass diejenigen, die mit langfristigerer Perspektive arbeiten, dann ins Hintertreffen geraten? Ist das etwas, wo man konzedieren kann, dass das tatsächlich den Erfahrungen entspricht? – Was hat Corona jenseits der Frage Publikumsausfall bei Ihnen verändert, jetzt kommt die Konsumzurückhaltung noch dazu, aber ich sage jetzt mal im künstlerischen Bereich, gibt es da irgendwelche Entwicklungen? – Wir sprechen ja häufig über Digitalisierung und andere Dinge. Ist das bei Ihnen ein Thema? Was hat sich da verändert?

Natürlich möchte ich auf das Stichwort „weiße Flecken“ und das KiA-Programm eingehen, das ja auch schon angesprochen wurde. Im Grundsatz ist es ja begrüßenswert, wenn es solche Überlegungen gibt, und wir haben ja hier gemeinsam festgestellt, dass dort Defizite bestehen. Aber ich entnehme den Ausführungen, die Frau Geller gemacht hat, aber auch anderen Zuarbeiten, zum Beispiel vom Theater Morgenstern oder anderen, die sagen: Es ist problematisch, dass in den Bezirken nicht mit gleicher Elle gemessen wird. – Da muss ich natürlich auch den Senat fragen, wie da Abhilfe geschaffen werden kann. Es ist ja nicht der Sinn, dass man versucht, die weißen Flecken zu bekämpfen, und auf der anderen Seite entstehen plötzlich welche da, wo bisher keine weißen Flecken waren, weil dort in irgendeiner Weise etwas in Schieflage gerät.

Wie kann man dem abhelfen? Und wie beurteilen Sie als Experten diese Situation? – Und vielleicht auch noch mal an Frau Geller, Sie hatten sich ja auch ans Bezirksamt gewandt und haben das noch einmal dargelegt. Haben Sie sich in dem Zusammenhang auch an den Senat gewandt? Und wenn ja, was hat man Ihnen bei der Frage mit auf den Weg gegeben? – Noch mal zum Künstlerischen insgesamt, wenn wir hier schon einmal so viele Experten beisammenhaben, welche künstlerischen Weiterentwicklungen gibt es eigentlich in Ihren Feldern, die in Berlin vielleicht noch nicht ausreichend den Stellenwert genießen, den sie genießen könnten und sollten? – Wie sieht es mit der Kritik aus, die bisweilen geäußert wird, dass das klassische Puppenspiel in dieser Stadt eher unterrepräsentiert ist? Ich denke jetzt an das Puppenspiel für Kinder, aber auch an das für Erwachsene. – Das soll es jetzt erst mal von mir gewesen sein. Danke!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Dann wäre jetzt Herr Förster an der Reihe.

**Stefan Förster (FDP):** Vielen Dank! – Das schließt dann nahtlos an. Auch in der Politik werden ja mitunter Fäden gezogen, das ist dann die Analogie zum Puppenspiel. Das ist heute eine sehr wertvolle und wichtige Anhörung gewesen. Insofern auch danke an Sie, dass Sie auch noch einmal deutlich dargestellt haben, worum es Ihnen geht, und dass Sie uns die Sorgen und Nöte, die Sie bewegen, auf den Tisch gelegt haben!

Ich will an einigen Stellen noch mal gezielter nachfragen, um für mich noch mal einige Dinge klar zu bekommen. Frau Domrös, Sie hatten darauf hingewiesen oder gesagt, dass gerade bei Absagen von Schulgruppen, die oftmals sehr kurzfristig erfolgen, kein Ausfallhonorar gezahlt werden kann, bzw. dass das dann eine unbefriedigende Situation ist. – Ich stelle mir eigentlich vor, da die Schulen einen eigenen Etat haben, den sie selbstständig verwalten können, dass bei einer kurzfristigen Absage einer Schulgruppen natürlich die Schule dafür aufkommen muss. Ich sage mal, wenn die Schulgruppe dann am Morgen anruft: Wir kommen heute Nachmittag nicht –, ist doch klar, dass sich dort Damen und Herren bereithalten, die dort etwas aufführen wollen, das Geld eingeplant haben und es auch kriegen müssen, jedenfalls zu den üblichen prozentualen Anteilen, die dort festgelegt sind. Wenn das nicht der Fall sein sollte – aber nehmen Sie dazu gern noch mal Stellung –, dann sollten wir das vielleicht auch mal mit der Bildungsverwaltung diskutieren. Es kann eigentlich nicht sein, dass wir im Rahmen der Schulordnung den Schulen Etats geben, die sie selbstständig verwalten können, und offenbar, wenn kurzfristig Absagen erfolgen, das Geld dann nicht gezahlt wird. Wenn die Situation so wäre, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wäre das ein Thema, das man sicherlich noch mal thematisieren müsste.

Dann hatten Sie, Frau Domrös, auch von einem – ich zitiere – permanenten „Premieren- und Produktionsdruck“ gesprochen – Zitat Ende –, der ein Grundbestandteil der Fördersystematik sei. Da würde ich gern noch einmal in Richtung Senat fragen, wenn mir der Staatssekretär kurz sein Ohr leihen könnte – Herr Staatssekretär! Hallo! Sonst übersehen Sie da die Frage, und ich muss mich ein zweites Mal melden. Ich hatte in Richtung Senat fragen wollen, weil Frau Domrös von einem permanenten „Premieren- und Produktionsdruck“ sprach, der Bestandteil der Fördersystematik auch dieser Theater sei, ob das denn wirklich immer das Maß der Dinge sein kann, wie viele Neuproduktionen und Neuinszenierungen im Kulturbereich entstehen, ob das die Grundlage einer Förderung sein kann. Natürlich ist es sinnvoll, wenn in den Einrichtungen, das gilt natürlich genauso für die Erwachsenentheater, Opern, die Philharmonie und andere, immer mal Neuaufführungen stattfinden, aber wir haben ja zum Bei-

spiel an der Deutschen Oper heute noch Aufführungen, die von Götz Friedrich inszeniert worden sind, und der ist bekanntlich 22 Jahre tot. Das heißt aber, wenn die Stücke heute noch aufgeführt werden, muss es ja durchaus noch Leute in Größenordnungen geben, die sie sich ansehen wollen. Es wäre für mich noch kein Maßstab, die Dauer eines Stücks als Grundlage des Erfolgs zu nehmen, jedenfalls wenn sie nachgefragt werden. Deswegen die Frage, ob das der Senat auch so sieht, dass das die Grundlage von Fördersystematiken sein sollte.

Dann hatten Sie, Frau Domrös, die zwölf nichtgeförderten Orte noch mal erwähnt. Da wir ein Wortprotokoll haben, sollten Sie diese zwölf vielleicht noch mal benennen, damit Sie danach auch noch einen – – Das, was Frau Schmidt gerade hochhält, ist eine Handreichung. Entweder sie wird an das Protokoll angeführt – auf dieser Seite stehen, glaube ich, zehn Theater, nicht zwölf –, aber vielleicht kann sie sie noch einmal sagen, dass wir sie zumindest im Protokoll festhalten, damit alle diese zwölf Orte, um die es geht, wissen und präsent haben.

Frau Geller, Sie hatten noch mal darauf hingewiesen und am Beispiel von Friedrichshain-Kreuzberg deutlich gemacht, dass es da zu einer gewissen Kannibalisierung in der Fördersystematik kommt und gerade an den Orten, Kollege Juhnke hat das schon ausgeführt, wo sich eigentlich Lücken schließen sollten, sich Lücken möglicherweise auftun und umgekehrt dann an anderer Stelle ein Überangebot besteht. Ist das aus Ihrer Sicht ein Problem, das speziell den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg betrifft? – Sie wollten zu meinem Heimatbezirk Treptow-Köpenick noch was sagen, auch die Kollegin Dunja Wolff wartet sicher sehnsüchtig darauf, weil wir in Treptow-Köpenick eigentlich gar kein Überangebot an Theatern haben, sondern dieser flächenmäßige Riesenbezirk, wo ich ja auch lange Bezirksverordneter sein durfte, hat überhaupt nur drei bis vier Theater, je nachdem, wie man zählt: Schlossplatztheater, Stadttheater Köpenick, das Theater Ost in Adlershof und das wunderbare Figurentheater Grashüpfer, das Puppentheater im Treptower Park, das unsere ehemalige Bezirksverordnetenkollegin Sigrid Schubert gemeinsam mit ihrer Tochter betreibt. Das wäre übrigens auch für Erwachsene ein schöner Ort im Treptower Park, um da im Sommer und auch im Winter hinzugehen und das Puppenspiel anzusehen. Das ist wunderbar.

Deswegen die Frage, gerade auch nach der bezirklichen Fördersystematik: Es mag Bezirke geben, wo es wesentlich mehr als drei oder vier Theater gibt, die aus dem bezirklichen Kulturhaushalt gefördert werden, andererseits gibt es aber auch in allen Bezirken Beiräte für dezentrale Kulturarbeit, die ja auch die Förderentscheidungen des Bezirksamts überprüfen sollen, die beraten und Hinweise geben sollen. Funktioniert diese Arbeit in diesen Gremien dann nicht? Eigentlich ist es ja deren Aufgabe, Schwerpunkte zu setzen und Empfehlungen zu geben, wo die Decke zu kurz ist und wo man Gelder hinlenken kann. Ich weiß, in Treptow-Köpenick funktioniert das eigentlich ganz gut. Da ist vielleicht mal die Klage, dass es insgesamt zu wenig gibt, aber die Frage von ungerechten Verteilungen, die Sie ja hier artikuliert haben, wird dort nicht so gesehen. Das ist möglicherweise ein Problem von einzelnen Bezirksämtern oder von diesen Beiräten, die nicht richtig funktionieren. Es dezentral in den Bezirk zu geben, heißt natürlich auch, dass die Bezirke am Ende entscheiden müssen und es auch mal Entscheidungen, Schwerpunktsetzungen geben wird, mit denen man vielleicht dann nicht einverstanden ist.

Frau Geller, Sie hatten dieses schöne Wort „unlauterer Wettbewerb“ genannt. Gegen unlauteren Wettbewerb wäre in der Wirtschaft normalerweise das Kartellamt zuständig. Nun haben wir im Kulturbereich kein Kartellamt, und vermutlich werden wir zwischen Theatern auch

keine Mindestabstände einführen können, wie wir es bei Spielhallen getan haben. Das wird ja wahrscheinlich nicht der Hintergrund sein, vor dem man das lösen kann. Sie haben das Problem beschrieben, aber vielleicht haben Sie noch einen Hinweis, wie man das aus Ihrer Sicht lösen kann. Ich glaube, es ist schwer, Gesetze mit Verordnungen oder Ähnlichem zu regeln, jedenfalls in diesem Bereich.

Die Herren vom GRIPS-Theater hatten die drei Schwerpunkte angesprochen: Überlastung, Inflation und Gehälter. Die sind unbestritten so, wie Sie sie ausgeführt haben, aber die würden auch für alle anderen Einrichtungen im Kulturbetrieb – also auch für die großen Theater – gelten. Da hören wir aber weniger, dass diese Dinge artikuliert werden. Trauen die sich weniger? Haben die ein anderes Polster? Haben die andere Möglichkeiten, das abzufedern? Stehen Sie mit denen im Austausch? Sie haben ja eigentlich stellvertretend für die Branche vorgetragen. Wir haben heute speziell die Kinder- und Jugendtheater hier, aber das sind ja Themen, die auch alle anderen Theater betreffen und sich sicherlich in einem ähnlichen Maße abbilden.

Ich möchte Sie und auch die anderen fragen: Haben Sie von den Bundesprogrammen, die es gab und gibt – und da soll ja eine Menge auch für Kultur ausgeschüttet werden –, in irgendeiner Form schon profitieren können, oder planen Sie in den verschiedenen Segmenten, die man jetzt beantragen kann, Antragsstellungen? Hilft Ihnen das weiter, oder ist das zu kompliziert und zu bürokratisch? Es wäre natürlich sehr schön, das zu wissen, denn da werden ja viele Milliarden in das System gegeben, und wenn die bei Ihnen überhaupt nicht ankommen, wäre das am Ende sehr misslich.

Frau Schulz hätte ich gern gefragt – sofern Sie das darstellen kann –, weil sie auf die möglicherweise prekäre finanzielle Situation von denjenigen, die kommen oder dann eben nicht mehr kommen, wenn sie entsprechend dastehen, hingewiesen hat: Ist das in der Tat so, dass beim Kinder- und Jugendtheater verstärkt einkommensschwache Schichten erreicht werden und die Kinder auch hinkommen? Weil wir ansonsten in den – in Anführungsstrichen – richtigen Theatern, Erwachsenentheatern im Schnitt doch eine etwas bildungsbürgerliche Schicht haben, die in die Einrichtungen geht, die sich auch die Kartenpreise eher leisten kann. Die Frage des geringen Geldes widerspricht sich ein bisschen mit dem Haushaltsnettoeinkommen und der Tatsache, dass nach den statistischen Angaben in Deutschland so viel Geld wie noch nie auf den Konten liegt. Das heißt, einige haben zu wenig und können dann nicht kommen, aber der Chefarzt der Charité kann natürlich seinen Sohn mühelos weiter ins Theater schicken. Deswegen die Frage: Sind das eher einkommensschwache Zielgruppen, die speziell gekommen sind und jetzt wegbleiben? Ansonsten würde das finanzielle Problem natürlich nicht alle Einkommensgruppen gleichermaßen betreffen. Das muss man ehrlicherweise an der Stelle auch sagen. – So weit erst mal. Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. – Ich würde jetzt einmal die aktuelle Redeliste vorlesen und Sie auch alle daran erinnern, dass wir heute zwei Anhörungen haben, die wir schaffen wollten. Wir haben jetzt: Frau Billig, Herrn Altuğ, Frau Dr. Schmidt, Frau Kühnemann-Grunow und Frau Wolff auf der Redeliste. – Frau Billig!

**Daniela Billig (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ja, ganz viele Sachen sind gerade schon gesagt und ganz viele Fragen gestellt worden. Trotzdem von mir noch mal ein paar Pflöcke, die ich einschlagen will. Wir reden ja sehr häufig über kulturelle Bildung, auch hier im Bereich Kultur, und haben uns immer dazu bekannt, dass wir uns als Kulturpolitikerinnen



und -politiker genau dafür verantwortlich fühlen. Das heißt, dass wir nicht, um in diesem Haushalt den Einzelplan 8 zu entlasten, das dann gern in den Einzelplan 10 abwälzen oder abschieben wollen, ganz im Gegenteil. Uns ist wichtig, dass die kulturelle Bildung hier bei uns passiert, auch bei uns in unserem Einzelplan bezahlt wird und wir das auch unterstützen können, da wir der Meinung sind, dass die Fundamente, die nicht in früher Jugend gelegt werden, nie wieder aufgeholt werden können. Wie Sie gesagt haben, vieles aus Ihrem Programm ist schon für Kinder ab drei und deren Familien, und das, was in dieser Zeit verpasst wird, ist einfach eine wichtige Grundlage, ein wichtiges Fundament. Deswegen war es unser Ansinnen, mit Ihnen noch einmal darüber zu sprechen, wo es ganz genau harkt.

Einer der Punkte, das wurde auch schon ein paarmal angesprochen, ist die Fördersystematik. Das Ganze ist natürlich nicht unkompliziert – auch durch die Vielfalt an Theatern und der Theaterlandschaft, die wir in Berlin haben. Die unterschiedlichen Theater haben uns schon ein ganz gutes Bild gegeben, daher geht meine Frage eher an den Staatssekretär: Wie können wir die Fördersystematik besser anpassen, um diese Vielfalt auch abzubilden, bzw. die Fördersystematiken ein bisschen der Realität anzupassen? Es ist ja ein grundsätzliches Problem, das wir an vielen Stellen in unseren Haushalten haben, dass wir für Dinge zwar eine Menge Geld zur Verfügung stehen haben, aber es manchmal nicht ganz so leicht ist, das dann auch zielgenau an diejenigen abzugeben, für die wir es eigentlich gedacht haben. Da sind möglicherweise eine Evaluation und eine Umsteuerung gute Ideen.

Der zweite Punkt, auf den ich hinaus will: das Verhältnis zu den Bezirken. Das hat uns Frau Geller ja sehr eindrücklich geschildert. Natürlich sind die Bezirke diejenigen, die da ihre eigene Hoheit haben und ihre eigenen Entscheidungen treffen müssen, trotzdem bin ich der Meinung, dass keiner irgendetwas missverstanden hat. Im Zweifelsfall treffen die Bezirke ihre eigenen Entscheidungen. Schade ist natürlich, wenn unsere Intention als Land Berlin, als Abgeordnetenhaus oder als Verwaltung ist, weiße Flecken zu füllen, wir aber befürchten müssen, dass irgendwo anders weiße Flecken wieder aufgerissen werden müssen. Trotzdem haben wir eigentlich nicht direkt die Möglichkeit, in die Bezirke hineinzuregieren. Wir haben ja das zweigliedrige System. Trotzdem hat sich mir natürlich die Frage gestellt, inwiefern wir vielleicht noch klarer formulieren können, was wir mit unterschiedlichen Förderungen eigentlich vorgehabt haben und was dabei unsere Intention gewesen ist. Das müssen wir vielleicht im Zweifelsfalle zusammen mit der Fördersystematik wirklich noch mal in aller Ruhe beleuchten, damit die Gelder wirklich da ankommen, wo sie ankommen sollen und auf jeden Fall kein Theater, keine Bühnen und Projekte im Regen stehen gelassen werden.

Wir haben ganz viel über die unterschiedlichen Probleme gehört – Krankheit, Energiekosten, Inflation und allgemeine Kostensteigerung. Anders als Herrn Förster ist mir durchaus schon zu Ohren gekommen, dass nicht nur die Kinder- und Jugendtheater vor diesem Problem stehen, sondern auch andere Theater oder überhaupt andere Kulturorte. Das heißt, auch dafür müssen wir eine Regelung finden und Vorsorge treffen, bzw. haben wir das mit dem Nachtragshaushalt ja teilweise auch schon versucht. Jetzt müssen wir uns aber anschauen, wie wir die Gelder an die Orte bringen, wo sie eigentlich hinmüssen. Das ist mit Sicherheit eine der großen Aufgaben in den nächsten Wochen, Monaten, ein bis zwei Jahren und vielleicht auch länger.

Ich habe gar nicht so viele Fragen an die Theater selber, aber noch mal an Sie alle, um es vielleicht mal auf den Punkt zu bringen, weil das Ganze ja doch sehr vielfältig und sehr kompli-

ziert ist: Was ist, in einem Satz für jedes Ihrer Theater, der Knackpunkt, an dem wir aus Ihrer Sicht arbeiten sollten, um die Situation für Sie zu verbessern? Ich glaube, es geht nicht einfach nur mit mehr Geld, sondern: Worauf müssen wir genau achten? Wie müssen wir vielleicht die Fördersystematik anpassen? Was ist der Punkt, wo es am allermeisten hakt? – So weit erst mal von mir. Danke schön!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. – Dann Herr Altuğ!

**Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE):** Danke, Frau Vorsitzende! Ich möchte Sie kurz darauf hinweisen, dass ich auch einen Dokortitel vor meinem Namen stehen habe. Ich bitte Sie darum, weil Sie das bei anderen Kollegen auch tun.

Ich habe zwei kurze Fragen, einmal an die Anzuhörenden. Erst einmal danke für Ihre Arbeit! Ich bin nicht vom Fach. Mich würde interessieren, wie viele Menschen mit sogenannter Migrationsgeschichte in Ihren Teams zu finden sind und wie Ihre Angebote auf diese Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sind. Ein Viertel, ein Fünftel der Berliner Bevölkerung hat eine sogenannte Migrationsgeschichte.

Die zweite Frage geht an den Senat. Wie Sie wissen, haben wir im Rahmen des Nachtragshaushaltes auch zur Förderung der Kulturszene – Ich möchte gern wissen, inwieweit der Senat die Forderungen bzw. Wünsche vonseiten der heutigen Anzuhörenden bezüglich der Finanzierung oder finanziellen Hilfen mitnimmt, und inwieweit der Senat hier tätig sein könnte. – Danke schön!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Vielen Dank! Ich habe Ihren Dokortitel natürlich nicht böswillig weggelassen. Ich bin, das kann Herr Juhnke und Herr Wöhlert bestätigen, manchmal sehr liberal, wann ich den Dokortitel nenne und wann nicht, aber ich werde mich in Zukunft bemühen, ihn bei Ihnen immer mit zu nennen. – Frau Dr. Schmidt!

**Dr. Manuela Schmidt (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es sind schon viele Fragen gestellt worden, deswegen will ich mal eine Lanze für dezentrale Strukturen in den Bezirken brechen. Das ist ja heute schon mehrfach angeklungen, aber ich glaube, dass wir beides tun müssen. Wir müssen die dezentralen Strukturen in den Bezirken stärken, damit eine engere Vernetzung zwischen Kinder- und Jugendtheatern und bezirklichen Strukturen erfolgen kann, denn ich sage mal, wir haben die Kinder vor Ort – in den Kindertagestätten, in den Schulen. Ich glaube, dass es einfacher ist, mit den Bezirken dezentral und regionalspezifisch zu schauen, in welche Richtung die Entwicklung der Kinder geht, wo wir gemeinsam enger und besser zusammenarbeiten, vielleicht auch Programme auf die Kinder anders abstimmen wollen, um tatsächlich die Kinder, die Kindergärten, Grundschulen und Schulen wieder stärker in die Theater zu bekommen.

Sie hatten ja darauf verwiesen: Die Pandemie hat zu vielen Absagen geführt. Es gibt immer noch pandemiebedingte Absagen. Ein Punkt, der mich interessieren würde, wäre, ob sich das nur auf die Kindergruppen bezieht oder insgesamt der Fall ist, so wie wir es ja auch in den großen Häusern für die Erwachsenen erleben, wo es immer noch schwierig ist, die Besucherinnen und Besucher für die Häuser zu gewinnen.

Noch einmal zurück zu den bezirklichen Strukturen, da ich glaube, dass wir über eine engere Vernetzung innerhalb der Bezirke auch den Punkt, was mit kurzfristigen Absagen von Kindergruppen passiert, besprechen können. Es kam der Vorschlag: Dann müssen die Schulen für die Defizite mitaufkommen, wenn die Absagen sehr kurzfristig erfolgen. – Ich glaube, das kann man nur dann erreichen, wenn vor Ort eine engere Vernetzung miteinander erfolgt und an den Kindergärten und Schulen ein besseres Bewusstsein dafür erreicht werden kann, was mit den Häusern passiert, wenn sie so kurzfristig absagen. Sie können die Plätze nicht innerhalb von wenigen Stunden mit anderen Kindern füllen. Das ist einfach nicht möglich, sodass man hier, bitte schön, die Sensibilität vor Ort ein Stück weit erhöht. Das ist meine Erwartungshaltung. Deshalb nach den vielen Fragen vor allem meine Frage an Sie: Welche Strukturen, welche Stärkung der Bezirke bräuchte es vor Ort, damit das besser funktioniert kann? Ich bin eigentlich mehr eine Verfechterin von dezentralen denn von großen Strukturen, gerade in dem Bereich; wir brauchen beides, aber ich möchte ungern an die kleinteiligen ran. – So weit von mir.

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Frau Kühnemann-Grunow!

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es ist jetzt unglaublich viel gefragt worden, und ich kann jetzt nur noch Kleinigkeiten ergänzen. In dieser ganzen Fördersystematik und in der Frage hinsichtlich des Theaters der kleinen Form ist für mich wichtig zu wissen: Wie viele mobile Puppentheater gibt es denn überhaupt? Und welche Ziele sind mit der Förderung mobiler Gruppen verbunden? Wie kann es sein, dass wir mit den Haushaltstiteln, die wir haben, so zielgenau vorbeisteuern? Dazu würde ich gern noch mal etwas hören, vielleicht auch von der Senatsverwaltung.

Wir haben auch noch mal über die „weißen Flecken“ gesprochen. Klar, keine neuen Lücken in den Teppich, den wir haben, reißen, aber ein Stück weit geht es schon um die Förderung der kulturellen Bildung an den Stadträndern, die uns an der Stelle wichtig ist, weil wir hören ja immer wieder, dass es bestimmte Bezirke gibt, in denen die Angebote dichter als in anderen sind. – Noch mal explizit zu den Gehaltsstrukturen, weil die von Herrn Harpain angesprochen wurden: Was würden Sie sich da wünschen? Es ist ja auch auf die Tarifstrukturen eingegangen worden, aber wie sollten sich die Gehälter für einsteigende und für erfahrene Schauspieler und Schauspielerinnen perspektivisch weiterentwickeln? – Noch mal ganz kurz zur Parkaue: Welcher Art sollten die Baumaßnahmen sein, mit deren Hilfe Barrieren abgebaut werden können? – So weit erstmal. Danke!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Vielen Dank! – Jetzt Frau Wolff!

**Dunja Wolff (SPD):** Vielen herzlichen Dank! – Ich kann mich auch nur bedanken, ich bin hier gerade ziemlich begeistert, auch von dem, was Sie sagen, auch wenn dabei viele Sachen sind, die natürlich große Aufgaben sind. Ich glaube, das, was Sie machen, geht ja noch viel weiter. Das ist eine pädagogische Aufgabe, eine Bildungsaufgabe, und die darf natürlich überhaupt nicht fehlen. Ich finde das Wort „Förderung“ immer so schwierig, ich finde „Sicherung“ besser. Ich würde sie also am liebsten gesichert wissen, nämlich nicht, dass sich der Bezirk das aussuchen kann, sondern dass es einfach von vornherein noch mehr gesichert ist. Das wäre ein großer Wunsch, zumindest von mir.

Das Jugendkulturticket ist vorhin angesprochen worden. Ich glaube, auch um den 18- bis 21-Jährigen den Anreiz zu geben, in ein anderes Theater zu gehen, ist trotzdem die Vorbildung wichtig, überhaupt ein Theater kennenzulernen. Insofern finde ich, dass das Kinder- und Jugendticket eine gute Sache ist, und ich glaube, dass es dabei sehr förderlich sein kann, den Weg ins Theater nicht zu vergessen. Der Stellenwert des Theaters sollte dadurch eine Unterstützung bekommen, das finde ich jedenfalls eine sehr gute Sache. Nun gibt es ja in den Schulen mittlerweile ein großes Theaterangebot, auch im Stundenplan – Darstellerisches Spiel –, aber ich finde, der Gang ins Theater ist noch mal etwas ganz anderes und gibt dem einen anderen Stellenwert. Ich sage das vielleicht ein bisschen aus der Sicht des Darstellers oder der Darstellerin. Ich habe mir mal erlaubt, selbst für längere Zeit auf der Bühne zu sein, und ich sage Ihnen ehrlich: Ich verstehe bis heute nicht, warum im Jugendtheater eine Darstellerin oder ein Darsteller weniger verdient. Das wird dem nicht gerecht, weil das Publikum sogar noch viel kritischer ist. Es gibt ja kein besseres Publikum als die Kinder und Jugendlichen, die sagen nämlich sofort, ob ich da vorn einen guten Job mache oder nicht. Das ist eine wirkliche Herausforderung, die man erst mal schaffen muss. Das gilt übrigens auch für die Regie, für das Licht, für alle, die im Background und auch in der Vorbereitung arbeiten. Dafür muss man ein ganz schön sensibles Händchen haben, gerade heute. Deshalb möchte ich gern die Frage stellen: Warum ist da so ein krasser Unterschied? Das finde ich wirklich hart. – Danke schön!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Jetzt ist noch als letzte Person Herr Trefzer auf der Redeliste.

**Martin Trefzer (AfD):** Vielen Dank! – Mir geht es ein bisschen wie Herrn Dr. Juhnke: Ich habe ein Déjà-vu-Erlebnis, wenn ich an die Anhörungen im August 2019 denke. Damals hatten wir Herrn Prof. Taube, den Leiter des Kinder- und Jugendtheaterzentrums hier zu Gast, der auch die Stellungnahme zur Evaluation der Kinder- und Jugendtheater in Berlin vorgestellt hat, die von 65 Einrichtungen in Berlin mit sehr konkreten Handlungsempfehlungen unterzeichnet worden waren. Irgendwie kommt es mir ein bisschen komisch vor, wenn wir immer wieder die gleichen Forderungen immer neu stellen, ohne einmal darüber nachzudenken, was eigentlich in der Vergangenheit von diesem Fragen- oder Forderungskatalog abgearbeitet wurde. Herr Prof. Taube hatte darauf hingewiesen, dass, obwohl die kleinen und mittleren Theater ungefähr die Hälfte der Zuschauer abdecken, nur ein Zehntel der Förderung auf die mittleren Theater und sogar nur ein Vierzigstel der Förderung auf die kleinen Theater geht. Er hat darauf hingewiesen, dass gerade die kleinen, dezentralen Spielstellen ganz zentral dabei sind, wie wir diesen Bereich vorrankriegen, dass da der Scharnierpunkt ist, wo die Politik ansetzen muss. Es war die erste und wichtigste Handlungsempfehlung, dass die Förderung für die kleinen und mittleren Häuser verbessert werden muss. Deswegen meine Frage an den Senat: Hat sich da etwas verbessert? Ist da etwas in diese Richtung in Bewegung? Und wie könnte das aussehen?

Herr Prof. Taube hatte auch ein paar Ansatzpunkte skizziert, die es da geben könnte. Ich nenne mal als Beispiel die verbindliche Zahlung von Gastspielhonoraren durch die Spielstätten für mobile Kindertheater, dass es da vielleicht auch ein Mindesthonorar gibt, damit die mobilen Spielstätten überhaupt ein Honorar bekommen, wenn die dann vor Ort in einer stationären Spielstätte sind. – Proberäume für die mittleren und Kleintheater fehlen an allen Ecken und Enden, zumindest 2019 war das so. Auch hier gab es ja Empfehlungen. Hat sich dort etwas getan?

Bessere Förderung von Nachwuchskräften, von Nachwuchskünstlern: Hier hat Herr Prof. Taube ganz vehement eine Einstiegsförderung angeregt, da ganz wenige neue Künstler in diesen Bereich vordringen, zumindest war das 2019 die Aussage. Auch da würde mich interessieren, wie Sie die Lage einschätzen. Insgesamt einfach mal die Frage: Wie hat sich die Förderung in zwei Jahren entwickelt? Es gibt ja offensichtlich keine Änderung oder Modifikation dieser Förderungen, auch der Jugendtheater, die hier vor zwei, drei Jahren formuliert worden sind. Wie können wir aus Sicht des Senats und vielleicht auch aus Sicht Ihres Verbandes, Frau Domrös, diese Ziele in Zukunft erreichen?

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. – Dann haben wir jetzt für Sie alle einen ganz großen Fragenkatalog. Ich möchte Ihnen jetzt jeweils die Möglichkeit geben, auf die Fragen, die an Sie adressiert wurden, oder für die Sie sich bemächtigt fühlen, zu antworten. Ich möchte wieder mit Frau Domrös anfangen.

**Dagmar Domrös** (Künstlerische Leiterin des Theaters o.N.): Es ist jetzt eine kleine Überforderung, da ich gar nicht darin geübt bin, das jetzt aus acht Beiträgen irgendwie herauszufiltern. Ich fange daher mit der letzten Frage an, weil sie noch so frisch ist: Die Gastspielhonoreare für kleinere oder mobile Theater. Die Einführung der KiA-Leitlinien ist für mobile Gruppen und Solokünstler und -künstlerinnen durchaus eine – – also da ist ja Geld da, um jetzt Aufführungsprämien zu geben. Das ist erst mal super. Wir haben jetzt im Laufe der Woche eine szeneninterne Auswertung, also das läuft jetzt gerade noch, und ich kann dazu jetzt nichts Abschließendes sagen, aber diese Aufführungen über die Bezirke zu fördern, ist – glaube ich und glaubt auch der LAFT – ein gutes Modell und ein gutes System. Was aber dadurch ein bisschen als absurde Situation entsteht – das habe ich auch in meinen Kurzbeitrag versucht zu sagen – ist, dass die Förderung in den „weißen Flecken“ und in den Außenbezirken jetzt ganz gut ausgestattet ist, aber das Auftreten an den bestehenden Theatern, die jetzt nicht in diesen „weißen Flecken“ liegen – – Da entsteht jetzt eine Schere, das ist deutlich schlechter bezahlt. Diese Theater können nicht diese Prämien zahlen, die mobile Künstlerinnen und Künstler über die Bezirke bekommen können. Da entsteht eine merkwürdige Schiefelage, die sich jetzt erst im Tun zeigt. KiA ist ja auch erst ein Jahr in Gang.

Grundsätzlich ist mein Gefühl, dass man die Fördersystematik insgesamt noch mal in Bezug auf die fehlenden Programmmittel angucken könnte, das betrifft insbesondere, aber auch nicht nur, Kinder- und Jugendtheater, weil wir viel mit nachhaltig produzierten Stücken umgehen. Die Wiederaufnahmeförderungen können den Bedarf an, ich nenne es mal Spielgeld, Aufführungsgelder, nicht ausgleichen, also weder für die Kinder- und Jugendtheater noch für andere. Insofern denke ich, es wäre schon super, sich das an der Stelle noch einmal anzugucken, wo man vielleicht mit Stipendien oder anderen Instrumenten diesem, was ich „Produktions- und Premierendruck“ genannt habe, entgegenwirken könnte.

Als letzten Punkt greife ich mir noch die Frage nach den Schulklassen, und ob das nicht die Schulen dann zahlen, heraus. Ich weiß nicht, wie es an den großen Häusern ist, bei uns ist es illusorisch, wenn wir den Kitas sagen: Wenn ihr nicht kommen könnt, kriegt ihr das Geld nicht zurück. – Dann buchen die gar nicht erst. Auch in den Schulklassen kenne ich das so, dass das nicht aus irgendeinem Schuletat genommen wird, sondern dass das Geld einzeln von den Schülern eingesammelt wird. Dann kommen die mit ganz viel Kleingeld an unsere Theaterkasse. Das ist ein bisschen anders, als Sie sich das vielleicht vorstellen. Wir haben mal versucht, mit Vorkasse zu arbeiten, sind da auch ein bisschen weiter gekommen und machen

das im Rahmen von Festivals, aber es ist und bleibt ein großes Problem. – So viel von mir.  
Danke!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Dann Frau Geller!

**Evelyn Geller** (Künstlerische Leiterin des Theaters der kleinen Form): Ich möchte natürlich mal auf den Punkt der KiA-Leitlinie und der Umsetzung in den Bezirken eingehen, weil uns das ganz direkt betrifft. Das heißt, unsere Existenz ist so gefährdet, dass wir unser Theater durch diesen Konkurrenzdruck auch schließen müssen, wie es bisher vier andere auch schon gemacht haben. Ich habe vorhin versucht zu erklären, was das für uns bedeutet. Es geht, so ist es in diesem Haushaltstitel formuliert, um den Erhalt und die Stärkung der bestehenden Theater. Dazu gehören wir auch, und es ist unverständlich, warum diese Gelder, die dafür in dem Haushaltstitel eingestellt wurden, bei uns nicht ankommen. Ich habe diese Fragen natürlich auch dem Senat gestellt, und Frau Agritelli hat mir geantwortet – das ist jetzt zitiert – :

Mit dem für das KiA-Programm zur Verfügung stehenden Budget ist es nicht möglich, ganze Theaterstandorte durch die Übernahme von Miet- und Betriebskosten gewissermaßen institutionell auszufinanzieren. Vielmehr unterstützt das Programm, ausgehend von einer grundsätzlichen finanziellen Selbstständigkeit vor der Pandemie, gezielt neue Projekte und leistet an den festen Standorten des Kinder-, Jugend- und Puppentheaters dadurch einen Beitrag zur Verbesserung.

Das bedeutet für uns im Klartext: Wir haben in der Zeit der Pandemie, diese zwei Jahre, unsere Gelder für die Miete und die Betriebskosten von der Senatsverwaltung bekommen. Das heißt, das Geld ist da, und es wurde für uns ausgegeben. Durch diese Überleitung auf die Bezirke ist es nun dazu gekommen, dass wir existenzbedroht sind. Ich muss es einfach so wiederholen. Und auch diese Meinung von ihr, dass wir vorher ja auch irgendwie zurechtgekommen sind und das dann hinterher wieder machen könnten, ist irrelevant, weil unsere Miete um das Doppelte gestiegen ist, ganz abgesehen von den Energiekosten und und und. Ein Theater für Kinder kann sich privat nicht mehr allein tragen.

Und der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte: Wir sind ein Theater, das heißt – das ist mir vorhin bei den Ausführungen Herrn Dr. Wöhlerts aufgefallen –, das Förderregelwerk und die Verbindung und Vermischung von kultureller Bildung und Theater im Kleinkindbereich ist ein ganz wichtiger Punkt, denn unser Theater funktioniert wie das Erwachsenentheater. Wir proben die Stücke über ein Jahr, wir haben Regisseure, Ausstatter, die die Puppen machen. Das sind alles Profis, ausgebildete Puppenspieler an der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch. Die wollten eigentlich auch in Berlin spielen, aber die Anreize für diese Profis, hier in Berlin zu arbeiten, sind gar nicht gegeben, weil das Kindertheater, das Puppenspiel für Kinder nicht ernst genommen und in eine andere Ecke geschoben wird. Es werden Performances in irgendwelchen Räumen gemacht, aber dass ein Theater von Anfang an die Sehgewohnheit eines kleinen Kindes ja hervorbringt – Kinder merken, spüren doch, ob sie in einem Theater sind, das für sie eingerichtet und gemacht ist, oder ob sie irgendwo hinkommen, in einen Park oder irgendwo. Das ist es, worum ich hier kämpfe. Ich kämpfe darum, dass ein Theater für die Kleinsten ebenso ein Theater ist wie für Erwachsene. Sie können ja einem Kollegen aus dem Erwachsenentheater auch nicht sagen: Ja, dann lebe doch mal allein von deinen Einnahmen! – Das wird mir hier gesagt. Das geht nicht. Das schaffen wir nicht. Damit ruinieren Sie die Struktur. – Das dazu.

Übrigens, dieser Migrationsanteil, auf den Sie gerade zu sprechen gekommen sind, ist interessant. Gerade in Kindergärten, die zu uns kommen, gibt es 70 Prozent Migrationsanteil, würde ich sagen. Die müssen in kürzester Zeit Deutsch sprechen lernen, und das passiert über Theater, nämlich über die Figuren, vieles, was da passiert, ist ja nonverbal. Da knüpfen sich die

Kontakte, und so lernen sie das spielend, ganz anders als Erwachsene. Es geht viel schneller, das wissen Sie. Das ist eine wichtige Sache.

Dann hätte ich noch eine Frage zu dem Bundesprogramm, von dem Sie gesprochen haben. Könnten Sie das erläutern? Was ist das für ein Bundesprogramm, wo man Mittel beantragen kann? Ich weiß es nicht. Die Frage – ich weiß nicht, ob ich überhaupt Fragen stellen kann – wäre interessant.

Im Übrigen würde ich eine Evaluation oder eine Diskussion, um überhaupt das Thema Kindertheater, kulturelle Bildung noch mal ganz neu aufzulegen, gut finden, weil es für die Stadt wichtig ist. – Danke schön!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Vielen Dank! – Dann möchte ich jetzt Herrn Harpain das Wort geben.

**Philipp Harpain** (Künstlerischer Leiter des GRIPS-Theaters): Ich versuche mal, auf die vielen Fragen einzugehen. Das Erste ist, dass wir tatsächlich diese wunderbare Studie hatten. Da war wirklich die Rede davon, dass an allen Theatern Verbesserungen vorgenommen werden sollen. Der Senat hat das ja auch versucht, aber die aktuellen Ereignisse wie Inflation, Pandemie usw. haben uns überrollt. Das heißt, der Senat bzw. die Senatsverwaltung kommt im Moment nicht hinterher, sodass wir da letztendlich wieder ins Hintertreffen geraten. Das ist gerade der Fakt, deswegen diese ganzen Nachbesserungen, um da noch einmal reinzugehen und das ganz grob zu beschreiben.

Dann zu den „weißen Flecken“. Eine ganz tolle Einrichtung ist der „Theaterbus“, der gekommen ist. Wir haben gemerkt, dass tatsächlich viele Leute aus den Randbezirken ins GRIPS kommen. Dieser „Theaterbus“ ist sehr gut angekommen, um genau dieses Gefühl von Theater, das Frau Geller eben auch beschrieben hat, mitzubekommen. Die Weiterentwicklung, von der Herr Förster gesprochen hat, ist eine Sache: Wo entwickelt man Formate, die direkt vor Ort gehen? – Das ist Theater im Klassenzimmer, das sind begleitende Workshops. Da gibt es sehr viele Formate, die man tatsächlich benutzen kann, um vor Ort zu sein. Theater im Klassenzimmer, ein wunderschönes Format, das ich sehr gern mag, ist wahnsinnig intensiv, weil man zwei oder drei Spieler in eine Klasse schickt und nicht 300 Leute im Publikum sitzen hat.

Das Zweite, das war auch die Frage von Herrn Juhnke: Wo entwickeln wir uns weiter? – Wir haben am GRIPS wahnsinnig viel mit einer sogenannten digitalen Bühne gemacht. Das heißt, wir haben nicht nur Onlinestreamings, sondern wir haben Workshops usw. online gehabt. Das ist ein Feld, wo wir natürlich merken, dass wir bei Kindern und Jugendlichen, auch schon in sehr jungem Alter, da auf Andockpunkte stoßen. Das tatsächlich zu erforschen und damit weiterzumachen, was das in der Konsequenz für die Bühne heißt, sind wir gerade dabei – auch dank einer Förderung vom Senat.

Dann war die Frage nach Migration. Frau Geller sagte eben schon: Ja, unser Publikum ist da ganz unterschiedlich aufgestellt. – Es ist teilweise die zweite und dritte Generation, die schon zu uns ins Theater kommt. Das Zweite, das ich dabei immer wichtig finde zu sagen, ist: Welche Geschichten erzählen wir dann? Es ist ja toll, wenn die alle kommen, aber wenn wir nicht die Geschichten haben, die aus dem Leben gegriffen sind – – Deswegen kann man tatsächlich



sagen: Man legt immer auch einen Schwerpunkt darauf, was man für eine Geschichte erzählt und welche Figuren dort diese Geschichte erzählen.

Und das Dritte ist natürlich: Wie stellt sich ein Theater in der Besetzung selbst auf? – Da kann man sagen, da sind viele von uns immer wieder mit dabei, weil es eine andere Identifikation gibt, wenn man merkt, dass zum Beispiel jemand auf der Bühne nicht perfekt Deutsch spricht. Das macht sofort etwas aus. Das ist überhaupt kein Hinderungsgrund, Schauspielerin oder Schauspieler zu sein. Es macht ein Identifikationsgefühl aus, weil man das als Kind oder Jugendlicher vielleicht selbst kennt. Diese Anknüpfungspunkte zu finden, ist eine Riesenherausforderung, aber tatsächlich ist diese Diversität – die ja sehr viel weitergeht, wir haben noch ganz viele andere Bereiche, vorhin wurde auch die Inklusion angesprochen –, wirklich für alle spielen zu können, immer wieder die Riesenherausforderung. Ich glaube, ich kann von den Kindern- und Jugendtheatern insgesamt sagen, dass das unser Anspruch ist, vom GRIPS auf jeden Fall.

Frau Wolff, vielen Dank für das Statement für Kinder- und Jugendtheater! Ja, es sind vollwertige Schauspielerinnen und Schauspieler, Künstlerinnen und Künstler. Genau darum geht es. Vielleicht kann man hier in der Runde auch sagen, dass es sogar um das spezielle Augenmerk geht, weil nicht jeder oder jede Kinder- und Jugendtheater kann, sondern wir sind noch mal ganz besonders dabei, uns in die Richtung zu entwickeln, was wir mit denen machen. Wenn man sich zum Beispiel Schweden anguckt, verdienen da die Grundschullehrerinnen am meisten, weil es am schwierigsten ist, mit Grundschulern umzugehen. Vielleicht sollten wir das ganze Verhältnis mal umdrehen und tatsächlich so das Ganze betrachten. Ich glaube, es wäre ganz spannend, was dann insgesamt passieren würde. Wir tauschen uns tatsächlich mit den Kolleginnen im Erwachsenentheater, wie wir hier immer gern sagen, aus. Da gibt es Schwierigkeiten, aber insgesamt kann man tatsächlich sagen, dass wir merken, dass dort das Gehaltsvolumen des Haushalts oft höher und diese Anpassung, die wir jetzt gerade bei den unteren Lohngruppen um 30 Prozent haben, da kein so großes Thema ist. – Andreas, das könntest du noch einmal ergänzen.

**Andreas Joppich** (GRIPS-Theater; Geschäftsführer): Ich glaube, das wesentliche Thema bei dem Unterschied zu den Theatern für Erwachsene ist die Enge dieser Gehaltsspanne bei uns. Wenn wir davon ausgehen, dass ich als Geschäftsführer, das kann ich so offenlegen, mit 25 Euro pro Stunde bei uns bezahlt werde, dann ist, glaube ich, klar, was passiert, wenn jetzt die Mindestgage auf 18 Euro pro Stunde angehoben wird. Dann bin ich bald auf der Mindestgage. Das ist die Situation, in der wir uns als Kinder- und Jugendtheater befinden, und wo andere Theater sicherlich etwas größere Spreizungen und auch mehr Puffer haben. Ich hatte gerade deutlichgemacht, die 200 000 Euro sind zwei Drittel unseres gesamten Produktionsbudgets für Neuproduktion. Da ist kein Puffer mehr.

Das betrifft auch das Thema Überlastung. Die Leute sind im Normalbetrieb an der Grenze, und jetzt kommt ein On-top dazu, damit sind wir drüber. Wir haben in diesem Jahr über die ganzen Sonderhilfsprogramme eine gute Chance gehabt. Wir haben die Kurzarbeit intensiv genutzt, das war auch Ihre Frage. Wir haben das technische Personal wirklich viel so aufgestellt, dass wir weniger Umbauten hatten. Wir haben natürlich auch beim Schauspiel geguckt, wenn weniger Vorstellungen angesetzt waren, dass wir Kurzarbeit nutzen. Wir sind auch in dem Sonderfonds für Wirtschaftlichkeitsförderung des Bundes drin. Das heißt, wenn wir in diesem Jahr Ausfälle haben, können wir das kompensieren. Das endet aber Ende des Jahres,

und dann werden wir wieder auf die Realität zurückgeworfen, dass Kinder und Jugendliche krank werden, nicht da sind. Und ja, die Schulklassen sammeln dieses Geld eher bei den Kindern ein und nehmen das nicht aus dem Schuletat. Dementsprechend würde ein Ausfall wieder auf die Kinder zurückfallen. Zu sagen: Ihr müsst trotzdem bezahlen, obwohl ihr nicht im Theater wart –, möchte ich als Lehrerin oder Lehrer auch keinem Schüler erklären müssen. Wir haben vor der Coronapandemie probiert, mit einer 20-Prozent-Varianz zu arbeiten und zu sagen: Ihr müsst aber immerhin kommen, Ihr könnt nicht ganz absagen. – Nur in der Coronapandemie und mit den aktuellen Krankheitsständen ist das nicht mehr durchhaltbar. Und wir merken, dass unserer schöne Forderung, dass wir das den Schulklassen trotzdem in Rechnung stellen, von der Realität überholt wird.

Was ist denn eigentlich die Gehaltsstruktur, die wir uns wünschen? – Die Mindestgagen, so, wie sie vereinbart sind, sind aus unserer Sicht erst mal ein guter und richtiger Schritt. Wir denken, dass es eine Erhöhung geben muss, dass es für die Schauspieler, die fünf Jahre am Haus sind, und dann vielleicht auch für die Schauspieler, die zehn Jahre am Haus sind, noch einmal ein „Darüber“ gibt, und nicht, dass man dann bei 2 900 Euro stehen bleibt und seine gesamte Schauspielkarriere im Kinder- und Jugendtheater mit 2 900 Euro arbeitet. Außerdem wollen wir schon, dass wir auch in den nichtkünstlerischen Bereichen den TV-L einhalten können. Ich sage mal, man muss dann nicht bis zu den Stufen 5 und 6 hochgehen und auch nicht die E 11, E 12, E 13 abbilden, aber doch mindestens bis E 9 sollte das nach TV-L bezahlt werden, und Führungskräfte sollten aus meiner Sicht mindestens 22 Euro pro Stunde bekommen. Das heißt, das ist der TV-L E 11 Stufe 1, also quasi Berufseinsteiger, aber auch das ist bei uns nicht realisiert.

Dann kommen wir vielleicht aus dem „Aus“ auf das Thema Ausblick. Die Tarifierungen, die jetzt in der IG Metall verhandelt worden sind: 8 Prozent über zwei Jahre, klar, aber noch zusätzlich eine Einmalzahlung. – Es kann nicht sein, wenn wir jetzt im Theater zu den anderen Branchen, die eine bessere Möglichkeit haben, so etwas zu fordern, ins Hintertreffen geraten und vielleicht mit 1 Prozent, 2 Prozent – – Das ist keine Perspektive für die Lohnentwicklung. Das ist vielleicht auch der „Knackpunkt“, den Sie, Frau Billig, gewünscht haben. Der Knackpunkt ist bei uns nicht das Akute. Der Knackpunkt ist, dass wir sehen, wie diese Entwicklungen vor sich gehen, dass wir von 1 800 Euro bis jetzt 2 700 Euro, 2 900 Euro – – Alles, was wir an mehr an Etat bekommen haben, wird darin größtenteils verwendet, sodass wir nicht sehen, wo die Entwicklung ist, wo wir in zehn Jahren oder vielleicht 15 Jahren stehen. Wir gehen davon aus, dass unser Etat eigentlich fast das Doppelte sein müsste, um die Preis- und Lohnentwicklung in dieser Zeit abzubilden. Da frage ich mich wirklich, wie die Entwicklung aussieht.

Vielleicht noch einmal zum Thema Digitalisierung: Wir haben ein sehr schönes Forschungsprojekt aus den Senatsmitteln mit Augmented Reality u. Ä. Wir stellen uns vor und erforschen gerade, wie das ist, wenn die Schauspieler in so einem Motion-Capture-Anzug sitzen, dann vielleicht am Bahnhof Zoo plötzlich die Linie-1-Sängerin ihr Ankunftslied singt, und man das dort vor Ort erleben kann. Da möchten wir auch dem Senat für die Förderrichtlinie, die da eingerichtet worden ist, danken. Es ist ein ganz spannendes Feld, damit zu experimentieren. – So weit.

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. – Dann möchte ich jetzt Frau Schulz das Wort geben.

**Christina Schulz** (Intendantin des Theaters an der Parkaue): Ich will jetzt auch gar nicht viel wiederholen, würde aber noch mal zwei, drei Punkte zu der Gehaltsstrukturfrage, auch eher in die Zukunft gerichtet, ansprechen. Ich will da gar nicht so rumjammern. Gleichzeitig möchte ich noch einmal deutlich machen, dass diese Gagenerhöhungen bei uns deshalb so reinschlagen, sage ich mal, weil wir uns in der Breite auf einem viel niedrigeren Ausgangsniveau befunden haben und die Umsetzung der Mindestgagen, die steigen ja bis September 2023 in Stufen, sehr viel bedeutet. Gleichzeitig sind wir, wenn wir jetzt neue Stellen besetzen und mit den Leuten über Gagen sprechen, mit Gehaltsforderungen konfrontiert, die gerade mal die Menschen, die bei uns schon zehn Jahre arbeiten, bekommen. Die sind damit eigentlich noch nicht vergleichbar ausgestattet. Das ist ein Dilemma, eine Schiefelage, in der wir uns gerade befinden, und wo uns auch reihenweise Menschen absagen, die wir eigentlich gern in unser Theater holen wollen, weil sie Qualifikationen mitbringen, die wir dringend brauchen. Da stehen wir dann hinter den Theatern, die über Mindestgagenanpassungen gar nicht nachdenken müssen, weil sie selbst in den Mindestgagen über dem liegen, was die gesetzlichen oder die neuverhandelten Mindestgagen sind. Die GDBA wird ja weiterverhandeln. Das ist ja geplant, das ist ja auch noch lange nicht das Ende der Fahnenstange. Es geht ja weiter damit, dass es in Zukunft sowieso ein Stufenmodell für den NV-Bühne geben wird. Dieses ganze Thema Eingruppierungen wird uns dann in zwei, drei, vier Jahren noch mal beschäftigen, auch innerhalb eines NV-Bühne-Gefüges, was bislang immer sehr frei verhandelbar war, weshalb wir ja auch im Moment mit eher niedrigen Gagen unterwegs sind, um möglichst viel Geld in die künstlerischen Prozesse stecken zu können.

Was wir nicht sein dürfen: Ausbildungsbetriebe. Wir können nicht immer in den künstlerischen Nachwuchs investieren, was wir jetzt machen, weil wir mit unseren Gagen da gut zu recht kommen, aber die Leute laufen uns dann auch immer wieder weg. So ist an einem Theater eine Kontinuität nicht so einfach herzustellen.

Ein anderer Punkt: Ich glaube, auch Herr Förster hat vorhin vom „richtigen“ Theater gesprochen, da möchte ich vehement widersprechen. Das passiert nicht nur Ihnen, das ist ja immer wieder so: das „große“ und das „kleine“ Theater. Diese Wertigkeit möchte ich doch gern noch mal betonen.

Dann hatten Sie darüber gesprochen, ob wir uns sehr viel mit unserem Programm an einkommensschwache Gruppe richten. – Natürlich tun wir das dadurch, dass Schulen zu uns kommen. Wenn wir Schulen in ganz Berlin ansprechen, haben wir einfach schon mal ein sehr durchmischtes, heterogenes Publikum. Je nachdem, wo die Schulen herkommen, haben wir auch sehr viele Kinder aus einkommensschwachen Schichten bei uns. Ich weiß gar nicht, ob man das in der Zukunft noch so formulieren kann, da kommen ganz viele Dinge zusammen, aber das ist ja auch gerade die große Chance. Bei uns können Kinder das erste Mal überhaupt ins Theater gehen, und das ist noch nicht direkt an den Geldbeutel der Eltern gekoppelt. Das wird sich aber in dem Moment verschärfen, wo jede zwei, drei Euro in der Woche extra eine Rolle spielen. Das betrifft uns in diesem Raum hier wahrscheinlich alle nicht, aber in verschiedenen Grundschulen ist das tatsächlich im Moment schon ein Thema.

Migrationsgesellschaft im Theater: Das ist für uns als Theater ein total wichtiger Punkt. Diversitätsentwicklung im Kinder- und Jugendtheater – ich finde, im Theater generell – ist etwas, das wir uns eigentlich alle als einen Selbstauftrag geben. Da ist es aber auch wichtig, dass sich das nicht nur in den Ensembles, sondern auch in der Struktur im Theater abbildet.

Also: Wer entscheidet über die Programme? Dramaturgien und Vermittlungsabteilungen müssen diverser aufgestellt sein. Da sind wir bei uns am Theater an der Parkaue auf einem sehr guten Weg und verknüpfen das auch mit dezidierten Schwerpunkten in der theaterpädagogischen Arbeit zum Thema Antirassismus und Antidiskriminierung im weitesten Sinne.

Sie müssen mir verzeihen, ich kenne Ihre Namen noch nicht so gut. Es gab die Frage danach, was eigentlich neue künstlerische Entwicklungen sind. Das setzt eigentlich ganz gut an diesem Diversitätsaspekt an, denn wir brauchen im Kinder- und Jugendtheater unbedingt neue Narrative. Wir brauchen Autorinnen- und Autorenförderungen für Autorinnen und Autoren aus der Migrationsgesellschaft. Da gibt es, glaube ich, ein großes Entwicklungspotenzial für Geschichten, in denen sich Kinder wiederfinden, wo es Identifikationen mit den Figuren und Rollen, die da angelegt werden, gibt. Mit Autorinnen- und Autorenförderung meine ich dezidiert Theaterautorinnen- und -autorenförderung. Das wäre etwas, wo wir, glaube ich, alle Unterstützung gebrauchen könnten, damit wir vielfältigere Lebenswelten in den Stoffen, die wir suchen, auch vorfinden. Da gibt es schon diverse Programme in der Bundesrepublik, aber es ist immer noch ein Feld mit viel Entwicklungspotenzial.

Dann gab es eine Frage zur Barrierefreiheit, Baumaßnahmen im Theater an der Parkaue. Uns ist natürlich total bewusst, dass es ein altes Gebäude ist. Da gibt es einen Denkmalschutz, und viele Dinge sind in einem Bestand nicht zu realisieren, die bei jedem Neubau selbstverständlich wären. Trotzdem merken wir jetzt, wo wir uns in unseren Planungsschritten eigentlich schon wieder mit dem Rückzug beschäftigen und sehen, was da alles auf uns wartet, dass das wirklich wunderbare Arbeitsmöglichkeiten sind. Das möchte ich hier auch mal sagen. Darauf freuen wir uns sehr und sind sehr dankbar darüber, dass wirklich in eine Infrastruktur investiert wird. Gleichwohl merken wir, wenn wir jetzt zum Beispiel Kooperationen mit inklusiven Theatern machen, inklusive Künstlerinnen und Künstler zu uns einladen, dass wir immer wieder an Grenzen stoßen, wo wir Probenräumen nicht in der Form haben, wie wir sie brauchen, oder Türen in die falsche Richtungen aufgehen. Ich muss Ihnen das nicht sagen. Das sind diese kleinen Aspekte, die es schwer machen, sowohl Künstlerinnen und Künstler einzuladen als auch eine Belegschaft inklusiver zu denken. Im Bereich des Publikums hat man da schon viel mehr Möglichkeiten, aber leider noch nicht für die inneren Strukturen. Ich glaube, Erneuerungen an Theatern verlaufen im Wesentlichen auch dadurch, dass wir die innere Struktur anpacken.

Kinderkulturticket: Da wurde gesagt, dass das mit den 18- bis 23-Jährigen gut ist. Das möchte ich auch noch mal ausdrücklich befürworten. Ich finde das super. Gerade für diese Jugendlichen in der Pandemie oder die jetzt vielleicht 18-Jährigen ist es total wichtig, dass es das gibt. Ich würde mir aber wünschen, dass es das nicht nur für Jugendliche gibt. Wenn wir damit auch die Kinder- und Jugendtheater unterstützen wollen – und so ist es ja formuliert –, dann bräuchte es für Kinder, die im Schul- oder Kindergartenalter sind, auch eine andere Form. – Ich glaube, es gab noch viel mehr Fragen, aber das sind die, die ich mir jetzt schnell notieren konnte. – Danke!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. Vielen Dank, auch an alle Anzuhörenden, die sich heute hier die Zeit genommen haben! Ich würde jetzt noch mal dem Senat die Möglichkeit zu einer abschließenden Stellungnahme geben. – Herr Staatssekretär Dr. Wöhlert!

**Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es waren eine Reihe von Fragen. Ich werde nicht alle beantworten können, aber ich will auf ein paar Sachen eingehen, auf die ich eigentlich auch schon in meinem Eingangsstatement hingewiesen habe, und zwar fange ich mal mit dem an, was Sie, Herr Trefzer, gefragt haben: Was habt Ihr, seit wir Herrn Taube hier hatten, gemacht? – Vieles von dem, was ich eingangs gesagt hatte, spiegelte genau das wider, was wir gemacht haben. Wir haben bei den Institutionen eine Schippe drauf gelegt, wir haben bei den verschiedenen etablierten Förderprogrammen die Mittel nach oben gefahren, und wir haben das, was heute unter dem Namen KiA durch den Raum ging, etabliert, also ein Programm in den Bezirken. Als wir so weit waren, es zu starten, kam Corona. Dann haben wir dieses Geld genommen, dass dafür da war, weiße Flecken zu füllen, das heißt, etwas Neues zu schaffen, etwas Neues zu tun. Wir haben dann auch schon während Corona diesen „Kulturbus“ eingeführt. Was wir gemacht haben, und das beschreibt auch ein bisschen den Konflikt, den Frau Geller formuliert hat, wir haben im Prinzip gesagt: Da, wo Orte sind, steigen wir jetzt ein und übernehmen temporär Betriebskosten, Miete etc., damit diese Orte in der Pandemie nicht abbrechen müssen. Und wir haben eine zweite Schiene gemacht und gesagt: Wir legen ein Stipendienprogramm für selbstständige Künstlerinnen und Künstler auf, um auf die Pandemiesituation reagieren zu können. Es ist kein Publikum da, man kann nicht spielen, und trotzdem soll die Kunstform überleben. Und jetzt kommen wir so langsam wieder in das Normalgeschäft hinein. Der Konflikt, den hier Frau Geller richtig beschreibt, ist nicht, dass man ihr die Miete nicht bezahlen darf, die Richtlinie gibt das unzweifelhaft her, sondern, dass die Decke, wenn man sagt, man konzentriert sich auf Neues und will gleichzeitig das Alte weiter stärken, zu kurz ist. Deswegen mag es sein, dass man an der einen oder anderen Stelle in der Förderrichtlinie auch von uns nachjustieren muss. Noch mal: Diese Richtlinie wirkt jetzt seit einem halben Jahr; seit Juli 2022 fließt das Geld in diese Kanäle, wir haben jetzt Ende Dezember. Wir werden uns das im Jahr 2023 sicherlich genau angucken, und die Evaluation ist verabredet. Ich stelle nicht in Abrede, dass es an der ein oder anderen Stelle Nachjustierungen geben muss, nicht in den Bezirken, die sind da relativ frei, das ist auch absichtsvoll. Diesen Grundsatzstreit muss man nicht führen. Wenn wir nun wirklich in die Tiefe gehen wollten, dann müssen wir uns über Kosten-Leistungs-Rechnungen in den Bezirken unterhalten, dann müssen wir wissen, warum sich in der KLR ein Theater eigentlich überhaupt nicht lohnt, warum das nur funktioniert, wenn es öffentliche Förderung hat, wenn es vom Senat kommt. Da gehen wir sozusagen in die Tiefgründe von Haushaltspolitik. Das werden wir uns angucken. Ich glaube, dieses Ziel, diese weißen Flecken abzudecken, werden wir dabei nicht aufgeben wollen. Das ist das Eine.

An der anderen Stelle: Natürlich ist es am Ende eine Frage der finanziellen Möglichkeiten. Der Kulturetat beträgt ungefähr 900 Mio. Euro. Allein ein Inflationsausgleich von, sagen wir mal 10 Prozent, wären 90 Mio. Euro. – Herr Altuß! Wenn ich mit dem Finanzsenator so verhandeln könnte: Wir brauchen 90 Mio. Euro, das ist gesetzt, und jetzt gucken wir mal, was noch alles Schönes möglich ist. – Ich fürchte nur, das wird nicht so sein, und da haben wir noch nicht über Tarife geredet. Die kommen dann noch obendrauf. Alles, was hier gesagt wurde, ist völlig richtig. Warum sind Kinder- und Jugendtheater die schlechtbezahltesten? – Weil es traditionell entweder gar keine Tarifbindung gab, oder weil Mindestgagen, Einstiegs-gagen bezahlt wurden, weil es meistens auch Absolventen von den Schulen waren, die erst mal im Kindertheater angefangen haben und sich dann – in Führungsstrichen – nach oben gearbeitet haben. Man kann auch sagen, das ist historisch gewachsen. Da raus zu kommen, wird einen langen Atem und vor allen Dingen Finanzkraft brauchen. Da werden zusätzliche

Gelder in ein System fließen müssen, wo man dann unter Umständen gar nicht viel mehr – wieder in Anführungsstrichen – Output sieht.

Dazu noch ein Wort: Wir haben das auch schon vor der Pandemie gesagt: Diese Manie, dass man immer mehr produzieren muss, immer noch eine Neuproduktion und noch eine Neuproduktion – Das haben wir auch schon an den sogenannten etablierten Theatern. Da haben wir einen Rückwärtsgang eingelegt und gesagt: Nein, wir brauchen keine Überproduktion. Aber natürlich braucht es neue Produktionen, auch in der Basisförderung. Kulturförderung, Kunstförderung ist ja auch dafür da, nicht nur das Bestehende zu erhalten, sondern auch neue Impulse zu fördern. Das geht ja nicht, indem ich ein Repertoire spiele, bis es komplett – entschuldigen Sie diesen Ausdruck – abgenudelt ist, sondern das muss schon ausgewogen sein. In der Basisförderung besagt es zum Beispiel: eine Produktion. Inzwischen kann das auch eine Wiederaufnahme sein, wir haben Wiederaufnahmefonds. Wir müssen in der Fördersystematik darüber nachdenken, wie wir diese Balance zwischen dem Bestehenden erhalten, auch das nachgefragte Bestehende erhalten, und trotzdem den gesetzlichen Auftrag erfüllen, den wir mit den Steuermitteln, die wir kriegen, haben, dass wir künstlerische Impulse setzen und Risiken ermuntern. Das ist ein Spagat, den wir an allen Stellen machen.

Letzte Bemerkung: Ich glaube nicht, dass wir zielgenau vorbeisteuern, sondern dass wir am Ende des Tages um die reine Finanzfrage nicht herumsteuern können. Wenn das Delta 2, 3, 4, 5 Prozent ist, kann ich mit intelligenter Steuerung versuchen, das zu überbrücken. Das, was die Kollegen da vorne jetzt für die Zukunft aufgemacht haben, ist ja eine Lücke, die, wenn wir mal aus Berlin rausgehen – ich sage jetzt mal Gagen und Entwicklung –, das macht in der sogenannten Provinz gerade ganze kleine und mittlere Theater platt, und zwar völlig. Die sagen: Wir können nicht. – Das ist keine Argumentation gegen die Gagenerhöhung, überhaupt nicht, sondern da sagen die Träger: Nö, machen wir nicht mehr mit. – Und dann entstehen für die Theater Existenzfragen. Davon sind wir in Berlin Gott sei Dank noch weit entfernt, aber das unterstreicht natürlich das, was Sie sagten, dass wir hier eine Entwicklung haben, der man sich tatsächlich stellen muss. Das wird – letzter Satz – am Ende eine Finanzfrage sein. Ich glaube, da müssen wir uns einig sein. Dahinter, ob diese Finanzfrage in den nächsten Haushalten in dem Maße zu stemmen sein wird, darf man ein Fragezeichen machen, weil wir leben alle in derselben Welt.

Und dann kommt die Energiekrise und ähnliche Geschichten noch oben drauf. Die treibt zwar die Inflation ganz wesentlich, aber trotzdem. Von daher sind die Aufgaben und Probleme gut beschrieben, und sie sind mit Förderrichtlinien – – Kann man machen, soll man auch machen und möglichst punktgenau anpassen, aber das wird das Gesamtproblem nicht lösen. – Danke!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Ich glaube, es gab jetzt noch mal Nachfragen. Ich erinnere aber noch mal daran, dass wir noch einen zweiten Anhörungs punkt haben. – Herr Dr. Altuğ und danach Herr Förster!

**Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE):** Danke, Frau Vorsitzende! – Herr Dr. Wöhlert, ich stimme Ihnen zu, dass man den Etat erhöhen müsste, aber ich stelle mir die Frage, wie gerecht diese 900 Mio. Euro zwischen den geförderten Häusern geteilt worden sind, ich meine, es gibt die sogenannten großen Häuser, die eine große Lobby haben. Das wäre auch ein interessanter Punkt, aber der gehört vielleicht nicht zu der heutigen Sitzung. Solche Projekte, die an der Wurzel arbeiten, eine Art „Graswurzelarbeit“ leisten, müsste man mehr fördern, finde ich, aber darüber müsste man auch an einer anderen Stelle reden. – Danke schön!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Herr Förster, eine kurze Nachfrage?

**Stefan Förster (FDP):** Eher eine Beantwortung der Frage von Frau Geller, was ich mit Bundeshilfen meine. – Das eine war die Inanspruchnahme vergangener Hilfen, da gab es ja Coronahilfen, Neustart und Ähnliches. Wenn das an Ihnen vollkommen vorbeigegangen ist, wäre das sehr bedauerlich, weil das Geld ja eigentlich da war. Das andere ist der Wirtschaftsstabilisierungsfonds, das, was der Kanzler mit „Doppel-Wumms“ bezeichnet hat, diese 200 Mrd. Euro, die zwischen 2022 und 2024 ausdrücklich an alle Formen von Unternehmen ausgereicht werden sollen. Sie sind ja, wenn sie privatwirtschaftlich agieren, auch ein Unternehmen – eins, das in einer prekären Situation ist. Aber die ganze Frage von Gaspreisbremse, Strompreisbremse usw. ist ja ausdrücklich auch für solche Unternehmen gedacht. Wenn das bei Ihnen bisher nicht angekommen oder Ihnen nicht bekannt ist, noch mal in Richtung Senatskulturverwaltung gefragt – das Land Berlin wird ja vermutlich die Hilfen wieder aus- oder durchreichen müssen –: Planen Sie auch, die Träger zu informieren? Offensichtlich ist das ja gar nicht bekannt, was man da in Anspruch nehmen kann. Wenn die Bundesregierung 200 Mrd. Euro auskippt, soll das ja auch bei den Leuten, den Not leidenden Trägern und Wirtschaftsunternehmen, die es benötigen, ankommen. Offenbar ist das ja bisher noch nicht der Fall.

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay.

**Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa):** Soll ich noch ganz kurz – –

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Ja, aber wirklich kurz, wir müssen zur nächsten Anhörung kommen.

**Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa):** Weil das sehr wichtig ist. – Noch sind diese Bundeshilfen gar nicht ausdefiniert. Sobald die da sind, haben wir Wege über den LAFT, über die Verbände. Erst mal kriegen die die Informationen selbst, zweitens stimmen wir uns mit den Verbänden ab, sodass wir alle den gleichen Informationsstand haben, drittens haben wir im Podewil den sogenannten Kulturförderpunkt. Die gucken noch mal anders in die

Landschaft, als das eine Kulturverwaltung kann, und untersuchen diese Programme sehr sorgfältig. Diese Informationen geben wir raus, entweder direkt über die Website oder über die Verbände, und sie kommen auch in den Bezirken an. Wir machen das auch deshalb, weil das dann – viertens – oft die Grundlage für uns ist, zu gucken, wie wir die Landesprogramme komplementär stricken, um zu sehen, dass wir da ad 1 nicht in eine Doppelförderung kommen und dann ad 2 die Lücken identifizieren, die das Bundesprogramm jeweils hinterlässt, um dann nachsteuern zu können. Das ist immer sehr oft von der Hand in den Mund, das hat aber mit der Schnelligkeit dieser Programme zu tun, die der Situation geschuldet ist.

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. – Dann würde ich diesen Besprechungspunkt vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und es ausgewertet werden kann. Ich möchte mich bei den Anzuhörenden, die zur Verfügung gestanden haben, bedanken. Vielen Dank für Ihre Zeit! Sie können natürlich noch dem Ausschuss lauschen, aber Sie müssen nicht bis zum Ende anwesend sein.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Entwicklung des Campus für Demokratie zum  
öffentlichen Kultur-, Bildungs-, Erinnerungs-,  
Verwaltungsort**

[0042](#)  
KultEuro

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Dann würde ich jetzt als nächsten Anzuhörenden Herrn Tom Sello, den Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur begrüßen. Zudem begrüße ich von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa Frau Katja Böhme, Referentin für Zeitgeschichte und Gedenkstätten, sowie Frau Staatssekretärin Radziwill und Herrn Hübscher von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, die der Sitzung digital zugeschaltet sind. Ihnen allen ein herzliches Willkommen! Ich darf feststellen, dass Sie alle mit den Liveübertragungen sowie den Bild- und Tonaufnahmen für die Presse einverstanden sind. Ich bräuchte von hinten ein deutliches Zeichen, weil ich heute leider meine Brille vergessen habe. – Danke! Dann gehe ich auch davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ich sehe Nicken und Daumen hoch. Fantastisch! Dann würde ich dem Senat auch hier die Möglichkeit zur Stellungnahme geben. – Halt, Stopp! Ich habe einen Punkt übersprungen, und zwar die Begründung des Besprechungsbedarfs, die Frau Billig übernimmt.

**Daniela Billig (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Sello, dass Sie heute zu uns gekommen sind! Wir freuen uns sehr, dass wir Sie hier noch einmal begrüßen können, vielleicht zum letzten Mal, weil sich ja Ihre Dienstzeit als Beauftragter für die Aufarbeitung der SED-Diktatur langsam dem Ende zuneigt. Umso wichtiger ist es, dass wir uns noch mal mit dem Campus für Demokratie auseinandersetzen. Das ist, wie wir finden, einer der wichtigsten Erinnerungs- und Bildungsorte, aufgrund der Besitzverhältnisse aber nicht ganz unkompliziert. Wir haben uns auch im Koalitionsvertrag dazu bekannt, dass wir



uns um die Entwicklung kümmern, kommen da hoffentlich einen Schritt weiter und freuen uns sehr auf Ihre Ideen und Pläne für den Ort.

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. Vielen Dank! – Dann möchte ich jetzt Herrn Staatssekretär Dr. Wöhlert die einladende Stellungnahme überlassen.

**Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich werde es angesichts der fortgeschrittenen Zeit etwas kürzer fassen als eigentlich geplant, damit Sie genug Zeit für Diskussionen und Fragen haben. Sowohl der Bund als auch das Land Berlin haben die Entwicklung dieses MfS-Geländes im Bezirk Lichtenberg für einen Campus für Demokratie in ihren Koalitionsverträgen verankert. Die Arbeit ist komplex und kompliziert genug, dazu wird nachher Herr Sello sicherlich noch das eine oder andere ausführen. Das hat mit der schieren Größe des Areals, mit dem denkmalgeschützten Bestand, mit dem jahrelangen Leerstand der Gebäude, mit einer, Frau Billig erwähnte es, komplexen Eigentümerstruktur auf diesem Gelände, die wiederum auch ihre jeweilige Geschichte hat, und mit den doch sehr heterogenen Nutzungen zu tun.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Bund an den Planungen zur Errichtung des Archivzentrums auf dem Gelände festhält, und sind als Land bereit, uns in diese Planungen nicht nur mit Grundstücken und Gebäuden einzubringen, sondern auch dadurch, dass B-Plan-Verfahren vom Bezirk an die hier anwesende Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übergegangen ist. Das Problem, vor dem man jetzt planungsrechtlich steht – aber das kann Frau Radziwill vielleicht genauer erläutern –, ist, dass man jetzt eigentlich konkrete Nutzungen festlegen müsste, damit man die entsprechenden Planungen auch vorantreiben kann.

Berlin bekennt sich ausdrücklich auch zu den Planungen eines Forums für Opposition und Widerstand auf diesem Gelände. Ich glaube, das wäre ein guter Bestandteil des Campus für Demokratie – also auf dem Gelände nicht nur das lang geplante Archivzentrum, sondern auch das Forum Opposition und Widerstand ansiedeln zu können. Es gibt inzwischen eine Machbarkeitsstudie, die die stofflichen, inhaltlichen, räumlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für ein solches Forum für Opposition und Widerstand begreift. Die Machbarkeitsstudie haben wir zur Kenntnis genommen. Ich finde, sie ist sehr anspruchsvoll und in ihrer Gesamtkomposition durchaus überzeugend. Wir sehen auch, dass es an der einen oder anderen Stelle Raumkonkurrenzen geben könnte, dazu wird man im Zuge einer Gesamtbetrachtung des Geländes kommen müssen. – So weit aus unserer Sicht die derzeitige Ausgangssituation.

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Ich schaue jetzt noch mal in die Richtung der Staatssekretärin Frau Radziwill. – Wünschen Sie auch eine einleitende Stellungnahme?

**Staatssekretärin Ülker Radziwill (SenSBW) [zugeschaltet]:** Sehr gern! – Ich begrüße die Mitglieder in diesem spannenden Ausschuss und möchte ganz gern für unsere Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen auf folgende wichtige Anstrengungen für die Entwicklung des Campus für Demokratie in den letzten zurückliegenden Monaten zurückblicken und Ihnen diese kurz erläutern. Wir haben in der Tat, wie mein Vorredner, Herr Staatssekretär, ausgeführt hat, das Bebauungsplanverfahren, das mit dem Beschluss vom 19. November 2013 vom Bezirk Lichtenberg eingeleitet worden war, 2022 im Einvernehmen mit dem Bezirk Lichtenberg in die Zuständigkeit unserer Senatsverwaltung übernommen. Ich will ergänzen, dass das vom Bezirk übergebene Planbild noch wichtige Planungsziele aus-

klammert, u. a. zum Maß der baulichen Nutzung und der überbaubaren Grundstücksflächen. Um diese ergänzen zu können, muss die förmliche Vorplanung, wie das Bedarfsprogramm für das Archivzentrum des Bundes sowie für das Forum Opposition und Widerstand, vorliegen. Auch die Planungsziele für die privaten Grundstücke müssen im Sinne einer gesamthaften Entwicklung des Campus für Demokratie noch weiter konkretisiert werden. Da ist noch ein bisschen Arbeit, aber es sind auch schon wichtige Schritte angestoßen worden. Nach der noch anstehenden Vergabe der Planungsleistungen an ein Planungsbüro und der Aktualisierung der Planungsziele wird das Planverfahren über die nächsten drei Jahre weitergeführt und zum Abschluss gebracht werden.

Unsere Verwaltung hat im Jahr 2023 das Ziel, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange durchzuführen. Zu den Ankaufsstrategien hat mein Vorgänger schon einiges gesagt. Das können wir dann später, wenn Nachfragen sind, vielleicht noch vertiefen. Ich will zu den Planungen des Bundes noch ergänzen: In den zurückliegenden Monaten hat der Bund Machbarkeitsstudien für die Errichtung eines Standorts des Bundesarchivs und des Forums Opposition und Widerstand auf dem ehemaligen MfS-Areal erstellt. Das wurde ja schon erwähnt. Damit folgt der Bund den Beschlusslagen des Bundes und des Landes Berlin, die hier einen Standort für das Bundesarchiv vorsehen. Der Realisierung eines städtebaulichen Entwurfs bedarf es jedoch der weiteren Abstimmung innerhalb des Bundes sowie zwischen Bund und Land. Dazu findet auch seitens BKM ein intensivierter Austausch statt, zuletzt am 28. November 2022. Eine Entscheidung des Bundes über das Wie einer Realisierung steht zwar noch aus, aber ich finde es hervorragend, dass das Ob schon geklärt ist. Da schließe ich mich auch den Worten meines Vorgängers an. Das Land Berlin setzt die Gespräche mit dem Bund unter anderem zu diesem Thema fort. So darf ich Ihnen mitteilen, dass die Senatoren Herr Geisel und Herr Lederer am 9. Dezember einen gemeinsamen Termin mit der Staatsministerin für Kultur und Medien Frau Claudia Roth haben. Über die Details wird man sich dann sicherlich bei einer anderen Möglichkeit austauschen können.

Ich will noch anmerken, dass wir am 11. Mai am Campus für Demokratie ein Wegeleitsystem eingeweiht haben. Das Bundesarchiv, das Stasi-Unterlagenarchiv, die Berliner Beauftragte für Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bezirk Lichtenberg haben in den vergangenen zwei Jahren ein Konzept für ein Leitsystem zur Orientierung auf dem Campus erarbeitet, das der geschichtlichen Bedeutung des Ortes angemessen ist. Vielleicht waren ja auch die einen oder anderen bei der Einweihung dabei. Diese ehemalige Stasizentrale in den Kontext der Erinnerungsorte Berlin einzuordnen, ist sicherlich unser aller Ziel.

Vielleicht noch als Ergänzung: Auf dem Innenhof des Campus sowie im öffentlichen Straßenraum wurden Informationsstelen errichtet – empfehlenswert für die, die es noch nicht sehen konnten. Außerdem wurde ein digitaler Auftritt realisiert, der schrittweise die Inhalte über den Standort hinaus erlebbar machen soll. Die Realisierung eines Lichtkonzepts auf dem Gelände steht vor dem Abschluss und nachdem eine Strukturanalyse vorgenommen und eine Planübersicht erstellt wurde, fanden mittlerweile Gespräche mit bauausführenden Firmen statt. – So weit vielleicht als kurze Einleitung; bei Fragen kann ich dann gern noch Stellung beziehen. – Danke!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. Vielen Dank! – Ich möchte nun mit der Stellungnahme von Herrn Sello beginnen. Danach folgt, wie gewohnt, die Anhörungsrunde und dann die Möglichkeit, auf Fragen einzugehen. – Herr Sello, Sie haben das Wort!

**Tom Sello** (Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Vielen Dank! – Ich bedanke mich herzlich für die Einladung und möchte jetzt gern versuchen, Ihnen das Gelände näherzubringen. Dabei werden sich sicherlich einige Sachen wiederholen, die eben schon angeklungen sind. Da es sich um ein sehr kompliziertes Areal handelt und ich weiß, dass für viele die Vorstellungskraft für die Problemlage in dem Gelände ein bisschen schwierig ist, habe ich eine Karte herumgeben lassen, auf die ich dann zu gegebenen Punkten zurückkommen werde, und die es für Sie vielleicht etwas verständlicher macht. Einige von Ihnen waren schon auf dem Gelände, andere nicht, verzeihen Sie mir, wenn ich ein bisschen ausholen, um den Gesamtzusammenhang verständlich zu machen.

Ich werde weniger auf die Fragen zur Stadtentwicklung eingehen, da haben wir hier Fachleute zugeschaltet, die das besser können. Ich werde diese Punkte nur gelegentlich streifen und mich hauptsächlich auf die Erinnerungskultur beschränken. Zuerst möchte ich etwas zur historischen Bedeutung des Areals sagen, dann zur aktuellen Situation im Gelände, zu den Herausforderungen, Chancen, Perspektiven und schließlich Aufgaben und schließlich zu den zwei aus erinnerungskultureller Sicht Schlüsselprojekten, die mit diesem Gelände verbunden sind.

Zuerst zur historischen Bedeutung: Es handelt sich dort um einen Ort zweifacher Repressionen. Zum einen siedelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Sowjetische Militäradministration dort an, und zwar um den Roedeliusplatz. Die dort anliegenden Gebäude, wie das Finanzamt, wurden in Beschlag genommen. Unter anderem fällt das Sowjetische Militärtribunal mehr als 240 Todesurteile. Daran wird demnächst ein Denkmal am Roedeliusplatz, das demnächst eingeweiht wird, erinnern. Dann haben wir dort den Sitz der Stasizentrale der kommunistischen Geheimpolizei und dem wichtigsten Machtinstrument der SED. Gleichzeitig ist das Gelände – mit der Stürmung der Zentrale, der Beseitigung der Geheimpolizei und den Aktivitäten in den folgenden Wochen und Monaten, als es um die Auseinandersetzungen mit dem Erbe der Geheimpolizei, dem Personal und den Unterlagen ging, als diskutiert wurde, wie man mit dem Erbe der Diktatur überhaupt umgeht, und es um die Sicherung und Öffnung der Akten ging – ein Ort der Revolution. Damit ist das Gelände auch zu einem Ort der deutschen Demokratiegeschichte geworden.

Es ist ein Ort von nationaler Bedeutung und mit internationaler Ausstrahlung, aber auch mit enormer stadthistorischer Bedeutung. Ein Ort mit riesigem Potenzial, sowohl was die Kultur als auch die Stadtentwicklung betrifft.

Wie stellt sich das Gelände heute dar? – Wenn Sie auf den Plan gucken, dann handelt es sich, wenn wir vom Campus für Demokratie sprechen, um die Fläche, die von vier Straßen eingefasst ist und farblich dargestellt ist. Das Stasi-Areal war wesentlich größer. In nördlicher, aber auch in östlicher Richtung, also auf der anderen Seite der Magdalenenstraße, war die Stasi-Untersuchungshaftanstalt untergebracht und dort waren auch, um den Roedeliusplatz, wie gesagt, die Einrichtung der Sowjetischen Militäradministration. Wir befassen uns aber mit dem Kernblock, der hier farblich dargestellt ist. Es gibt eine kleine Wohnnutzung an der Magdalenenstraße, es gibt jetzt auch wieder das Finanzamt und ein Ärztezentrum, und dann ist es ein großer Kulturstandort. Da ist das Stasi-Unterlagenarchiv mit seiner Archivausstellung „Einblick ins Geheime“ angesiedelt. Es ist ein Veranstaltungsort. Dort ist besonders das Gebäude, das mit der Nummer 22 gekennzeichnet ist, von Bedeutung, aber auch an anderen Gebäuden finden regelmäßig Veranstaltungen statt. Mit dem geplanten Archivzentrum ist es ein großes kulturelles Vorhaben, das dort in dem Gelände umgesetzt werden kann.

In dem mit einer „1“ bezeichnete Haus ist das Stasi-Museum der ASTAK untergebracht, und dort haben verschiedene Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände ihren Sitz und wirken von dort aus. Schließlich hat sich 2017 die Robert-Havemann-Gesellschaft mit dem Oppositions-Archiv, dem Archiv zur DDR-Opposition, im Gelände angesiedelt. Es wurde die Revolutionsausstellung „Revolution und Mauerfall“, eine Open-Air-Ausstellung, umgesetzt. Die Robert-Havemann-Gesellschaft hat aus meiner Sicht ein weiteres Schlüsselprojekt für dieses Gelände geplant, nämlich das Forum Opposition und Widerstand.

Zum Schluss seien noch die Aktivitäten meines Hauses zumindest miterwähnt: Da geht es einmal um die Förderung sowohl der Havemann-Gesellschaft, der ASTAK als auch weiterer Verbände, die im Haus 1 Opferberatung anbieten, das von Frau Staatssekretärin erwähnte Information- und Leitsystem, das über die Geschichte und die aktuelle Nutzung vieler Gebäude auf und um dem Gelände informiert, und ich habe auch die Sanierung der Revolutionstele angestoßen. Das alles ist aus PMO-Mitteln verwirklicht worden. Schließlich möchte ich noch auf das Projekt „Freiheitslinie U 5“ aus dem Jahr 2019 und überhaupt auf das Mauerfalljubiläum verweisen, bei dem dieses Gelände ein wichtiger Standort war und in einer Woche das Potenzial angedeutet wurde, das in kultureller Hinsicht in diesem Gelände liegt.

Es wurde auch schon kurz erwähnt, dass viele Gebäude auf dem Gelände unter Denkmalschutz stehen. Das ist einmal der Kernbestand im Innenhof, der schon länger unter Denkmalschutz steht, und das sind die Gebäude 22, 1, 7 a und 7 b. Inzwischen sind in diesem Jahr auch weitere Teile unter Denkmalschutz gestellt worden. Das sind die Gebäude, die an der Ruschestraße und an der Normannenstraße, also in nördlicher Richtung liegen.

Angedeutet wurden auch schon die komplexen Eigentumsverhältnisse in dem Gelände. Eine Besonderheit ist, das können Sie auf der Karte gut erkennen, dass mit dem Eigentum der Häuser auch Eigentum an den umliegenden Flächen verbunden ist. Wenn man sich also mit der Entwicklung dieses Geländes beschäftigt und auch nur den kleinsten Schritt irgendwie machen will – ich sage mal, zum Beispiel eine Lampe aufstellen –, muss man alle Eigentümer miteinbeziehen. Das macht es unglaublich kompliziert, auch nur kleine Schritte voranzukommen, und die meisten Sachen werden unmöglich, da auch die Verkehrsflächen und sämtliche Versorgungsleitungen, die durch die einzelnen Gebäude verbunden sind, davon betroffen sind. Früher war das die Stasi, die hatte eigene Versorgungsleitungen, und oftmals sind die jetzt noch verbunden und sehr schwer zu trennen.

Es wurde auch schon ein Problem angedeutet, dass wir nicht nur in den privaten Immobilien, sondern auch in denen der öffentlichen Hand, also in Bundes- und Landesimmobilien, haben, nämlich Zehntausende Quadratmeter Geschossfläche, die seit Jahrzehnten leer stehen. Dieses Gelände ist also nicht nur von öffentlichen und sehr guten kulturellen Angeboten, sondern auch von baulichem Missstand massiv geprägt.

Ein Problem, das ich auch konstatieren möchte, ist: Wer die Geschichte des Geländes nicht kennt, kann die Geschichte an der Architektur nicht ablesen. Also egal, ob man dort außen langgeht, langfährt oder vorbeikommt: Wenn man nicht auf die Informationstafeln, die jetzt eingerichtet wurden, zugreift, kann man den Gebäuden weder die Stasi-Geschichte noch die Evolutionsgeschichte ablesen. Das ist ein wichtiger Punkt für die Entwicklung des Geländes. Wenn es um die architektonische Entwicklung geht, sollte auch die Lesbarkeit der Geschichte mitberücksichtigt werden. Es geht bei dem Gelände, das auch an sich in seinem jetzigen Zu-

stand nicht gerade einladend wirkt, also um viele Punkte, manchmal sogar um die Quadratur des Kreises: Es geht um die Öffnung zum öffentlichen Stadtraum, aber gleichzeitig um den Erhalt des Eindrucks der historischen Nutzung, nämlich dass das ein geschlossenes System war, und gleichzeitig um die Lesbarkeit der Nutzungsgeschichte.

Es wurden schon der Beschluss des Abgeordnetenhauses und die Senatsbeschlüsse zur Entwicklung des Geländes erwähnt und auch, dass seit 2018 das Standortmanagement aktiv ist und sich in der neuen Legislaturperiode die Berlinovo um die Entwicklung des Geländes bemüht. Sie sehen – auch auf dem Plan eingezeichnet – einen ersten Erfolg, nämlich die private Fläche des Ärzteentrums wurde durch die Berlinovo angekauft.

Wenn Sie noch mal genau auf den Plan gucken, werden Sie feststellen: Selbst, wenn wir uns alles, was in öffentlicher Hand ist, angucken, gibt es trotzdem noch eine riesige Fläche, die sich im Privatbesitz befindet. Das ist das, was mit „Privat#1“ gekennzeichnet und in großen Teilen von Leerstand geprägt ist. Aus kultureller Sicht sind aus meiner Sicht, ich sagte das schon, zwei Projekte Schlüsselprojekte für die Entwicklung des Geländes. Das ist einmal das Archivzentrum des Bundes – an der Kante zur Frankfurter Allee, also in den ganzen Bereichen, die unten an der Frankfurter Allee sind, wo die Berliner Immobilien eingezeichnet sind und die sämtliche Bundesimmobilien in dem Gelände betreffen. All die sind in die Entwicklung des Archivzentrums einbezogen. Das ist, denke ich, ein ganz entscheidender Punkt für die Entwicklung dieses Areals überhaupt. Ich freue mich, dass Berlin das Vorhaben unterstützt, indem die entsprechenden Flächen an der Frankfurter Allee zur Verfügung gestellt werden. Ich denke, so wie ich die Machbarkeitsstudie und die Gespräche mit dem Kulturausschuss des Bundestages verstanden habe, wird das ganze Vorhaben eine Investitionssumme im oberen dreistelligen Millionenbereich bedeuten. Es ist natürlich eine gute Sache, wenn das für die Entwicklung dieses Geländes eingesetzt wird.

Das zweite Projekt, zu dem ich jetzt noch ein bisschen ausführlicher sprechen möchte, ist das Forum Opposition und Widerstand der Robert-Havemann-Gesellschaft. Es wurde schon gesagt, dass im Spätsommer dieses Jahres die Havemann-Gesellschaft eine Machbarkeitsstudie dazu vorgelegt hat. Die Langfassung ist ein dickes Buch; es gibt dazu auch noch eine Kurzfassung. Einigen von Ihnen ist das schon bekannt.

Wer das noch nicht kennt, findet die Kurzfassung auch auf der Internetseite der Robert-Havemann-Gesellschaft digital angeboten.

Es geht bei diesem Forum Opposition und Widerstand um die Darstellung und Auseinandersetzung mit der Geschichte von Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur in dem Zeitraum 1945 bis 1990. Ich möchte nur auf einen speziellen Aspekt dieses Projektes eingehen und den hervorheben, nämlich den Gegenwartsbezug. Die Umsetzung von solchen Projekten, das gilt natürlich auch für das Archivzentrum, das habe ich inzwischen gelernt, wird schnellstens in einem Zeitraum von zehn Jahren, eher von 15 Jahren und vielleicht auch von 20 Jahren erfolgen. Das heißt, da bin ich 75, 80 Jahre oder älter. Es ist also nicht ein Projekt für mich oder meine Generation und dient auch nicht dazu, in Erinnerungen zu schwelgen, sondern es ist ein Projekt für die Enkel und Urenkel. Es ist ein Projekt für die Zukunft, und da ist natürlich der Gegenwartsbezug, der auch noch vorhanden sein muss, wenn es umgesetzt ist, von entscheidender Bedeutung.

Was bringt dieses Projekt mit, dass es zukünftige Generationen und junge Menschen auch künftig anspricht? – Das sind einmal die Akteure selbst. Oftmals wurde der Widerstand gegen die Diktatur von jungen Menschen angestoßen und geprägt. Es bieten sich damit auch emotionale Anknüpfungspunkte für junge Generationen, und das wird auch in Zukunft so sein. Zum anderen sind es die Ziele der Akteure. Es ging um Freiheit und demokratische Rechte: Freie Wahlen, freie Medien, Meinungsrede, Reise, Versammlungsfreiheit – das waren die Themen, und zwar von Beginn an in den Vierzigerjahren bis hin zu 1989/90. Der Name einer der bekanntesten Oppositionsgruppen in der DDR in den Achtzigerjahren war „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Eine polnische Partnergruppe hieß „Wolność i Pokój“ – Freiheit und Frieden. Und das sind auch heute Forderungen der Opposition in Autokratien und Diktaturen in Hongkong, China, in arabischen Ländern, in Belarus, Russland und Iran. Und das wird auch weiterhin so sein. Die Darstellungen, die Diskussionen, das Ringen um demokratische Veränderungen und die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft wird immer ein aktuelles Thema sein. In Diktaturen ist Freiheit und Demokratie mit Hoffnung verbunden. In einer demokratischen Gesellschaft ist Freiheit und Demokratie immer mit Verantwortung verbunden. Es wird also immer ein Gegenwartsthema bleiben. Deshalb ist es mir ein wichtiges Anliegen, und ich bitte da um Ihre Unterstützung und auch um die nötigen Schritte, dass es ermöglicht wird, das Forum Opposition und Widerstand bald umzusetzen und dieses Projekt in Angriff zu nehmen, und dass es in dem Gelände in Lichtenberg umgesetzt wird. Ich sagte vorhin schon, dass ich weiß, dass es die Komplexität des Geländes schwierig macht, sich das vorzustellen und sich ein Bild zu machen, deshalb möchte ich Sie herzlich in das Gelände einladen. Wen es interessiert, kann gern auf mich zukommen, und ich erkläre Ihnen gern die Problematik auch vor Ort. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Vielen Dank! Den Plan hängen wir als Anlage an das Beschlussprotokoll. – Ich habe jetzt Herrn Dr. Juhnke, Herrn Otto und dann Frau Billig auf der Redeliste, und Herr Förster kam jetzt auch noch dazu. – Herr Dr. Juhnke!

**Dr. Robbin Juhnke (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Sello, für den doch relativ umfassenden Vortrag, der die Aspekte und auch die zeitliche Entwicklung noch mal dargestellt hat! Der Campus für Demokratie ist für meine Fraktion ein ganz wesentlicher Baustein und Bestandteil der Erinnerungskultur, insbesondere zu den Themen SED-Diktatur und DDR-Aufarbeitung. Ich freue mich aber auch, dass es im Hause eine Überein-

kunft darüber gibt, dass wir diese Dinge auch voranbringen und Ihre Anregungen, Herr Sello, aufnehmen, die Sie in Ihrer Bestandsaufnahme mitgegeben haben, dass die öffentliche Anerkennung des erlittenen Unrechts ein defizitäres Thema ist, zu dem u. a. die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie eine wichtige Rolle spielen soll. Ich danke Ihnen auch für die Vorlage mit dem Lageplan. Es ist jetzt nicht der erste, den ich sehe, aber er ist schon wieder weiterentwickelt. Von daher ist es gut, dass es aktuell ist und man immer auf dem neuesten Stand ist. Es hat sich ja wieder etwas verändert.

In diesem Zusammenhang wenige Fragen an die Stadtentwicklungsverwaltung. Frau Radziwill, Sie hatten den Bebauungsplan kurz angesprochen: Welche Fortschritte hat es gegeben, und wie ist der nächste Zeitplan? Das würde mich interessieren. In welchen Dimensionen rechnen wir in etwa, bis wir da zu einem Ziel kommen? Wie ist der aktuelle Umgang mit dem Leerstand? Man hat ja immer mal überlegt, ob es öffentlichen Bedarf für diese leer stehenden Gebäude gibt, dass man dort den Standort noch ein bisschen kraftschlüssiger nutzen kann. Gibt es da irgendwelche interessanten Entwicklungen? – Und meine letzten Fragen in Ihre Richtung betreffen noch mal das Standortmanagement und welche Erfahrungen, Beurteilungen und welche Perspektive Sie in diesem Zusammenhang uns hier vermelden können.

Und dann in Richtung der Kulturverwaltung vor allen Dingen die Frage, welchen inhaltlichen Beitrag das Land Berlin dazu eigentlich bringen kann. Wir haben jetzt das Forum für Opposition und Widerstand. Das ist ein ganz wichtiger Baustein, der ja vom Bund erst mal mitfinanziert wurde, auch Geld kosten wird, und wo man überlegen muss, wer das Geld aufbringt. Inwiefern sieht sich hier der Senat in der Verpflichtung, aber was geht darüber hinaus inhaltlich vom Land Berlin für ein Impuls aus, den sie dort aussenden möchten?

An Herrn Sello gefragt: Was sind aus Ihrer Sicht die nächsten Schritten in der Frage des Forums Opposition und Widerstand? Sie haben ja auch den Initiator, die Robert-Havemann-Gesellschaft, angesprochen. Wie sieht eigentlich deren Situation auf dem Gelände aus? Vielleicht können wir dazu den aktuellen Stand hören.

In dem Gesamtzusammenhang an die Senatsvertreter: Wird die Notwendigkeit eines neuen Senatsbeschlusses gesehen? Oder ist so etwas vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in Überarbeitung?

Und weil es so schön passt, ich gucke zwar auf die Uhr, aber ich würde gern eine Antwort darauf haben wollen: In dem Zusammenhang wird ja auch die Keibelstraße nicht selten erwähnt, wer fühlt sich im Senat dafür aktuell verantwortlich? Ich habe da keinen Stand, wer nun wirklich derjenige ist, der jetzt den Hut aufhat. – Danke!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Ich lese noch einmal die Redeliste vor: Herr Otto, Frau Billig, Herr Trefzer, dann Herr Förster – ich hatte das nicht gesehen, tut mir leid – und dann Frau Dr. Schmidt. – Aber jetzt erst mal Herr Otto!

**Andreas Otto (GRÜNE):** Vielen Dank! – Herzlich willkommen, lieber Herr Sello! Ich habe bloß ein paar kurze Fragen und eine Vorabbemerkung. Wenn man sagt: Das ist für die Enkel und Urenkel –, kann es sein, dass Menschen im politischen Raum oder in der Verwaltung dann da raus hören, dass man ganz viel Zeit hätte. Das ist aber bestimmt nicht gemeint gewesen, sondern, dass wir etwas für die Enkel und Urenkel schaffen, aber es ist unsere Aufgabe,

das zu machen, und wir sollten weiter keine Zeit verstreichen lassen. Das ist ja ein Trauerspiel, dass wir nach 30 Jahren eigentlich nicht wesentlich vorangekommen sind, sondern dass zwischenzeitlich – Sie wissen das, und das kann man auch diesem Plan entnehmen – durch die Eigentumsübertragung alles viel schwieriger geworden ist. Also: Wir müssen uns beeilen und was tun. Ich habe mich gefreut, dass Herr Staatssekretär gesagt hat, dass Sie auch im Gespräch mit Claudia Roth und Herrn Geisel sind. Wenn Sie einen Termin haben, sind wir sehr neugierig, was da herauskommt, und gucken mal, wie sich das darstellt.

Konkrete Fragen: Herr Dr. Juhnke hat schon das Standortmanagement angesprochen. Wir haben ja in den aktuellen Haushaltsplan reingeschrieben, dass sich das Standortmanagement auch stärker um konzeptionelle Fragen kümmern soll. Da würde ich gern wissen, ob das mit dem Standortmanagement schon beredet wurde und ob die auch ein bisschen mehr Geld dafür kriegen, so war das gedacht, oder wie das jetzt verläuft. – Vielleicht könnten Sie uns auch noch verraten, ich vermute mal, dass das die Stadtentwicklungsverwaltung beantworten wird, wie lange dieses Standortmanagement eigentlich noch gebunden ist; nicht, dass das plötzlich überraschend irgendwann zu Ende ist, und wir das dann bemerken und einen Schreck bekommen.

Zu dem Bebauungsplanverfahren würde ich gern wissen wollen, wie konkret die Nutzung für die einzelnen Gebäude schon in dem aufgestellten Planentwurf vorhanden sind, oder wie das eigentlich präzisiert werden soll. Was man zum Beispiel in Haus 18 reinschreiben will, oder was da drin steht, oder ob das alles noch sehr offen ist. Drei Jahre für den Abschluss eines Bebauungsplanverfahrens ist ja einerseits ein durchaus machbarer, üblicher Zeitraum, andererseits muss man für Berliner Verhältnisse sagen: Um in drei Jahren fertig sein zu wollen, muss man jetzt ganz schön weit gekommen sein, gerade, wenn noch Beteiligungsschritte offen sind. Wie konkret ist das schon?

Zu dem Forum Opposition und Widerstand würde ich gern den Senat fragen: Sie haben ja die Studie von der Robert-Havemann-Gesellschaft bekommen, hat sich der Senat dazu schon eine Meinung gebildet, wo man das lokalisieren sollte oder könnte? Es gibt ja einmal die Überlegung, das als Neubau zu machen, es gibt aber auch die Überlegung, ob man das irgendwo in vorhandenen Gebäuden unterbringen kann. Haben Sie sich als Senatsverwaltungen damit schon beschäftigt?

Vielleicht noch als letzte Frage an Herrn Sello: Wie können Sie das aus heutiger Sicht einschätzen: Wie viele Partner gibt es da eigentlich, und welche sind das, die tatsächlich diese konzeptionelle Weiterentwicklung mitunterstützen oder vielleicht sogar tragen können? Die Havemann-Gesellschaft und das Stasimuseum kennen wir alle, Bundesarchiv kommt, gibt es da noch mehr? Wer ist da noch, der da mitwirken kann? Wenn das zu diesem Campus werden soll, muss das ja auf vielen Schultern ruhen. – Danke sehr!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Gut, dann wäre jetzt Frau Billig auf meiner Redeliste.

**Daniela Billig (GRÜNE):** Vielen Dank Frau Vorsitzende! – Ganz viele Fragen sind schon gestellt worden. Ich würde gern zum Anfang noch mal sagen, wie beeindruckend ich das Gelände in der Gesamtschau mit Stasimuseum und mit dem, was noch kommen soll, finde. Besonders gut gefallen mir die Infotafeln, die jetzt aufgestellt worden sind. Daran merkt man ganz deutlich, dass es ein Stück Zeitgeschichte ist, an dem echte Menschen mitgewirkt haben,



die sogar vielleicht einige von uns noch kennen und denen man begegnen kann, wenn man das möchte, wo wir heutzutage die Leute noch fragen können, wie das wirklich gewesen ist und die persönlichen Erfahrungen da gewesen sind. Das ist einfach eine Chance, die wir auf keinen Fall ungenutzt verstreichen lassen sollten. Das ist das, was Herr Otto gerade sagte, aber ich glaube nicht, dass irgendjemand hier gedacht hat, dass das so zu verstehen gewesen sei, dass wir noch ewig Zeit haben – genauso wie heute hier in der Ausschusssitzung. Deswegen fasse ich mich sehr kurz und frage nichts, was schon gefragt worden ist.

Sie haben gesagt, dass die Gebäude 15, 16 und 18, also besonders die gelben, im Privatbesitz sind und größtenteils leer stehen. Das ist natürlich ziemlich frappierend, respektlos und sehr unverständlich, da man an diesem Standort natürlich noch eine Menge Konzepte umsetzen könnte. Da ist jetzt die Frage an die Stadtentwicklung, ergänzend zu Herrn Otto: Gibt es denn Ideen, was man damit in Zukunft machen kann, und wie man diese unhaltbare Situation vielleicht ein bisschen auffangen und verändern kann?

Herr Sello, Sie haben das letzte Mauerfalljubiläum genannt. Wir haben ja bald wieder eins. Gibt es vielleicht schon Planungen, was man da auf dem Gelände oder vielleicht auch anderswo zum nächsten Mauerfalljubiläum in zwei Jahren machen kann? Wie wir zeitgemäß und trotzdem informativ und rückblickend daran erinnern können?

Vielleicht ein ganz bisschen weg vom eigentlichen Thema, aber wo Sie gerade hier bei uns sind und ich die Gelegenheit habe: Wir haben uns in den letzten Jahren im Abgeordnetenhaus immer mal wieder mit dem Checkpoint Charlie als Gedenkort beschäftigt, und Sie als Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur haben sich vielleicht dafür auch interessiert, dass da mal ein Museum des Kalten Krieges geplant gewesen ist, das durchaus umstritten war, dass wir uns dann dafür entschieden haben, einen großen Teil nicht mit Bebauung eines Investors zuzubauen, und wir uns jetzt über einer anderen Nutzung, eventuell Bebauung, etwas streiten. Vielleicht haben Sie sich auch schon mal damit beschäftigt und dazu auch eine Idee. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. – Dann wäre jetzt Herr Trefzer auf meiner Redeliste.

**Martin Trefzer (AfD):** Vielen Dank! – Ich finde es schade, dass sich die SPD für das Thema scheinbar nicht interessiert. Ich erinnere mich noch mit Wehmut an Frau Dr. West, die bei diesem Thema mitgestaltet hat. Da sah es noch ein bisschen anders aus.

Wenn man mit den Akteuren auf dem Campus für Demokratie redet, muss man konstatieren, dass die Enttäuschung in den letzten Jahren eher größer geworden ist und nicht abgebaut werden konnte, die Enttäuschung: immer wieder hochtrabende Plänen und dann doch die ernüchternde Wirklichkeit. Ich denke zum Beispiel auch an den Artikel von Christian Booß vom Bürgerkomitee 15. Januar letztes Jahr im „Tagesspiegel“, aber auch die Gespräche mit dem ASTAK zeigen mir, dass gegenüber den Planungen eine relativ große Skepsis ist. Viele fragen sich: Kommt dieses Archivzentrum wirklich? Stehen dafür die Mittel bereit? Macht das an diesem Standort überhaupt Sinn? Ist es überhaupt noch angezeigt, dann in den 2030er-Jahren die Archive auf dem Territorium der ehemaligen DDR zentral an einem Standort zusammenzuführen? – Archive werden digital genutzt. Entscheidend ist, dass das Archiv gut gesichert und digitalisiert ist, und nicht, dass es an einem Standort zusammengefasst werden

kann. Da muss ich sagen, ich kann mich dieser Skepsis zum Teil anschließen. Sie hatten es erwähnt, Herr Otto, drei Jahre für die Bearbeitung des Bebauungsplans ist für Berliner Verhältnisse relativ optimistisch.

Frau Radziwill, Sie hatten ja gesagt, das Ob stünde fest, aber das Wie wäre noch zu klären, und genau das ist die Frage. Auch über den Umfang der Archivalien, die dann dort aufbereitet werden sollen, gibt es eine unterschiedliche Auffassung, wie das gemacht werden soll. Man kann wirklich nur schwer nachvollziehen, warum man so etwas nicht ganz modern auf der grünen Wiese in Lichterfelde macht, statt in eine Struktur reinzubauen, die jetzt schon sehr verdichtet gebaut ist, wo das unglaublich teuer werden wird und diese ganzen Sachen in Zukunft ohnehin nur digital abgerufen werden. Ich kann diese Skepsis der Akteure auf dem Campus der Demokratie da ein Stück weit nachvollziehen.

Was natürlich auch verstört hat, waren solche Dinge wie der Abriss des Gebäudes in der Magdalenen Straße, wo Herr Booß ja wirklich geschäumt hat, diese Einrichtungen der ehemaligen ZAIG, der Zentralen Auswertungsstelle unter Werner Irmeler, das neben dem Hauptgebäude das wichtigste Gebäude war. Das ist wegen vermeintlicher Bauqualität einfach abgerissen worden. Wir wissen alle, dass das nicht wirklich so baufällig war. Jetzt ist da eine Baulücke, und keiner weiß, was da jetzt passieren soll. Das wäre absolut nicht nötig gewesen. Es gibt ein paar sinnvolle Sachen, die auch gerade passieren, Sie hatten das Wegeleitsystem erwähnt, aber auch mit der Sanierung, der Herrichtung im Haus 22, in der ehemaligen Stabsoffizierskantine, wo aber auch der Baubeginn erst 2026 sein soll, passiert etwas. Ich glaube, es ist das, was sich die Akteure wünschen und vorstellen, dass in kleinen Schritten der Campus für Demokratie weiter aufgebaut und vorangetrieben werden soll, und nicht wieder so ein großes Wolkenkuckucksheim aufgebaut wird, wo man dann wieder 10, 20 Jahre warten muss, bis was passiert. Die Idee für den Campus für Demokratie gibt es jetzt auch schon seit zehn Jahren, und da ist noch relativ wenig passiert.

Deswegen meine Frage an die entsprechende Planung durch das Standortmanagement: Herr Sello, wie bewerten Sie das? Ist da etwas passiert? Wir können uns, ich bin ja auch seit 2016 intensiver mit dabei, an die ein oder andere Standortkonferenz erinnern, wo immer wieder neue Sachen erzählt wurden. Geht es da jetzt mit diesem Standortmanagement voran, oder wird da nur der Status quo konserviert? Gibt es da neue Planungen? Es war ja auch die Idee, dass man in den vorderen Gebäudeteilen zur Frankfurter Allee hin eine künstlerische Verwendung findet, dass da auch ein Standort für produktives Gewerbe oder auch für Künstler geschaffen wird. Ist davon gänzlich Abstand genommen worden? Wie soll mit diesen Gebäuden auch denkmalrechtlich umgegangen werden, wenn dann der Archivstandort kommt? Da sind doch einige Bestandteile, wenn ich das richtig sehe, unter Denkmalschutz. Soll das dann komplett weg? Wie wird damit umgegangen?

Ich kann das nur unterstreichen, was Herr Otto gerade gesagt hat: Es ist natürlich eine Sache für unsere Kinder, Enkel und Urenkel, aber es ist eine Aufgabe, die jetzt angegangen werden muss. Es ist eine Aufgabe, die seit zehn Jahren liegt und wo nicht viel passiert ist. Da müssen wir wirklich mit ernsthaften und pragmatischen Prämissen rangehen, und gucken, dass wir dort mit kleinen Schritten peu à peu etwas bewegen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Dann habe ich als Nächsten Herrn Förster auf der Redeliste.

**Stefan Förster (FDP):** Vielen Dank auch Ihnen, Herr Sello, dass Sie auch noch mal in diesen Ausschuss gekommen sind, um hier ein Ihnen sehr wichtiges Thema anzusprechen, das sich wie ein roter Faden durch Ihre Amtszeit gezogen hat und Sie sicherlich noch darüber hinaus begleiten wird! Ich will nur darauf hinweisen, dass das Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur ja auch in anderen Ausschüssen stattfindet. Im Stadtentwicklungsausschuss werden wir uns damit, spätestens wenn der Bebauungsplan kommt, befassen müssen, und ich denke, der Kollege Otto in Persona als Ausschussvorsitzender ist ein guter Gewährsmann dafür, dass das Thema dort nicht vom Tisch fällt.

Wir hatten am 5. Oktober, das ist also noch gar nicht so lange her, kurz nach dem Tag der Deutschen Einheit im Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien auch eine Anhörung zum Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die ja auch der Landesbeauftragte in Auftrag gegeben hat. Da haben wir auch schon sehr ausführlich und intensiv über Verbesserungsmaßnahmen, gerade bei dem Thema Besserstellung in materieller Sicht für die Opfer usw., gesprochen. Da ist natürlich auch die SPD-Fraktion engagiert dabei, und der Kollege Dirk Liebe ist ja auch derjenige, der das für die Fraktion verantwortet. Er ist nicht hier im Ausschuss, deswegen ist er heute nicht hier, aber das sollten wir uns nicht gegenseitig um die Ohren hauen, ob diejenigen, die jetzt anwesend sind, die Besseren sind, und umgekehrt. Ich glaube, das können wir uns an der Stelle sparen. Ich will festhalten, dass bei der SPD-Fraktion genauso wie bei den Linken, den Grünen und der CDU-Fraktion engagierte Leute an Bord sind, die das Thema bearbeiten.

Ich glaube, das Thema Zeitschienen sollte wir hier auch noch festhalten. Das eine kann Frau Staatssekretärin Radziwill vielleicht noch mal beantworten, nämlich nicht nur die Zeitschiene für den Bebauungsplan selbst, die mir übrigens mit drei Jahren ziemlich lang vorkommt, da wir am Ende nicht über detaillierte Wohnbebauung reden, sondern darüber, wie man einen Standort zukunftsfähig gestalten kann, der einerseits eine große Geschichte hat, andererseits aber auch Anforderungen hat, die man für die Zukunft planen will und nutzen muss – – Deswegen bin ich, anders als der Kollege Trefzer, durchaus der Meinung, dass man auch mal ein Haus abreißen darf. Und wenn er sagt: Wir wissen alle, dass das Haus genug Standfestigkeit hat –, ich weiß es nicht. Ich bin auch kein Statiker, und wenn das Haus nicht mehr standfest war, kann man auch mal ein Haus abreißen. Wenn das Bundesarchiv dorthin kommen soll, werden wir uns an der Frankfurter Allee auch noch mal von einigen Häusern verabschieden müssen. Das finde ich auch gar nicht schlimm, wenn die Authentizität des Ortes insgesamt nicht leidet, und man auch in den Hauptgebäuden über Informationstafeln, museale Elemente und anderes den Geist des Ortes weiterhin vermittelt, kann man das an der einen oder anderen Stelle durchaus tun.

Ich glaube, die Frage des Bundesarchivs müssen wir nicht noch mal vor und zurück diskutieren. Es gibt gute Gründe, von Lichterfelde, von der grünen Wiese am Stadtrand wegzugehen, und gerade die Bestände des Bundesarchivs dort anzusiedeln, zumal das ja mit der Auflösung des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen der Kompromiss war, dass man gesagt hat, man bleibt mit dem künftigen Stasi-Archiv an diesem authentischen Standort auch verfügbar. Die Stasiunterlagen werden ja nun zwar im Bundesarchiv bearbeitet, aber künftig vielleicht an einem historischen Standort insgesamt betreut und wissenschaftlich aufgearbeitet. Der gehört natürlich an den Campus für Demokratie, der gehört nach Lichtenberg und nicht nach Lichterfelde auf die Wiese, unabhängig von der Digitalisierung. Wir werden ja Stasiakten schon allein aus Datenschutzgründen auch künftig nicht digitalisiert bereitstellen, jedenfalls nicht ins

Netz stellen können. Das scheidet bei dieser wichtigen Frage weitgehend aus, jedenfalls soweit es um personenbezogene Daten geht.

Ich würde gern noch mal Herrn Sello zu dem ganzen Thema Flächentausch fragen, das ja noch ansteht, also: Land – Bund, BImA und BIM. Wir reden gar nicht über den privaten Eigentümer. Was muss der Bund aus Ihrer Sicht, außer, bei den Flächentauschen zu Potte zu kommen, noch leisten? Was sind Ihre Erwartungen an den Bund? Welche Rolle soll er künftig spielen, welche Hausaufgaben muss der Bund noch machen? Es wäre schön, wenn Sie das miterwähnen könnten.

Kollege Juhnke hat die Situation und die Perspektiven der Havemann-Gesellschaft auf dem Gelände angesprochen. Es wäre mir auch wichtig, dass wir darüber noch einmal reden, weil das ja doch ein zentraler Akteur auf dem Gelände ist. Das Oppositions-Forum wird ohne die Havemann-Gesellschaft, die quasi ihren Akzent auch in Form der Studie vorgelegt hat und Ideengeberin dieses Projektes ist, nicht gehen. Deswegen werden wir da beim Oppositions-Forum auch weiterkommen müssen. Auch da sollte man noch mal darüber reden, welche zeitliche Schiene Sie im Auge haben. Wie schnell soll es da vorangehen? Das mit den Enkeln und Urenkel haben wir schon hinreichend besprochen, aber Sie wollen ja auch, dass wir da in den nächsten Jahren sichtbare Fortschritte haben. Vielleicht können Sie auch sagen, wie Sie sich das vorstellen, wie wir möglicherweise auch als Abgeordnetenhaus und als Land in dieser Hinsicht noch ein bisschen beschleunigen können. Ich glaube, das sind die wesentlichen Punkte, die man noch einmal erörtern könnte.

Die Frage Stichwort Haus 18 – Oppositions-Forum: Wenn das mit dem Haus 18 nicht klappt, sind auf dem Gelände im Prinzip viele Möglichkeiten denkbar, wo man es unterbringt. Es müsste dann nur relativ bald entschieden werden – Fragezeichen. – Danke schön!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. – Jetzt habe ich noch als Letzte Frau Dr. Schmidt auf der Redeliste.

**Dr. Manuela Schmidt (LINKE):** Vielen Dank! – Es sind jetzt verschiedene Dinge, die mir durch den Kopf gehen. Als erstes vielleicht ein riesengroßes Dankeschön an Sie, lieber Tom Sello, dass Sie trotz der ganzen Widrigkeiten und der Langsamkeit von Prozessen sehr hartnäckig und sehr engagiert an dem Vorhaben, hier einen Erinnerungsort zu entwickeln, dranbleiben!

Ich bleibe bei dem Thema Ort und bei dem, was Herr Förster gerade gesagt hat. Ich glaube, die Gebäude drücken nicht die Geschichte aus – es ist der Ort, der entwickelt werden muss. Da sind Sie ja sehr engagiert dran. Aber wenn wir uns hier anschauen – Klar, adressiere ich auch den Bund, wenn man sich diese große gelbe Fläche anschaut: Ist das ein Eigentümer, der da eingestiegen ist? Muss da mit einem verhandelt werden? Was kann da noch passieren, damit es beschleunigt wird? Ich fahre jeden Tag daran vorbei, sehe die leeren Fenster und wünsche mir natürlich auch, dass das alles ein bisschen schneller geht. Aber ich weiß auch, wie schwierig es in diesem System ist, mit privaten Eigentümern zu verhandeln. Da bin ich schon froh, dass es immer wieder gelingt, Dinge Schritt für Schritt umzusetzen. Dass die eine Fläche jetzt seit wenigen Tagen bei der Berlinovo ist, ist ja schon mal was. Dass am Roedeliusplatz das Ganze auch noch mal erinnerungsgeschichtlich aufbereitet wird, freut mich ausgesprochen. Das sind die Schritte, die so wichtig sind, ich glaube auch für Sie und Ihr Team vor Ort,

damit man merkt, dass Arbeit auch mal sichtbare Früchte trägt, nicht für uns, sondern sichtbar für die Menschen, für die wir solche Erinnerungsorte entwickeln wollen.

Aber diese riesengroße gelbe Fläche liegt mir schon schwer im Magen, vor allem wenn man weiß, dass das ja mal eine Bundesfläche war, die dann an einen privaten Eigentümer gegangen ist. Das macht dann schon zornig. Da können wir uns hier in Berlin die Beine abstrampeln, wenn da nicht auch Verhandlungserfolge und Unterstützung durch den Bund erfolgt, wird es schwierig sein. Von daher bin ich ganz froh, dass sich da Frau Roth sehr engagiert und auch miteinmischt, dass es das Gespräch geben wird, und hoffe sehr, dass wir da ein Stück weit vorwärtskommen.

Aber vor allem ein riesengroßes Dankeschön an Sie und Ihr Team für die Arbeit vor Ort! Das eine ist das Gebäude und die Substanz, aber das Wichtigere sind die Inhalte, und dafür stehen Sie. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. – Ich möchte Ihnen jetzt die Möglichkeit geben, auf all die Fragen noch mal zu antworten. Danach würde ich dem Senat oder den beiden Senatsverwaltungen jeweils auch die Möglichkeit geben, auf die an sie adressierten Fragen zu antworten. – Aber Herr Sello, Sie haben zuerst noch mal das Wort.

**Tom Sello** (Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Vielen Dank! – Ich fange mal mit der Situation der Havemann-Gesellschaft, nach der gefragt wurde, an. Es ist so, dass die Havemann-Gesellschaft sozusagen mit der Perspektive in das Gelände gezogen ist, dass alsbald ein archivgerechter Standort im Gelände für das Archiv der DDR-Opposition zur Verfügung steht. Damals war die Rede von weniger als fünf Jahren, in denen das passieren sollte. Jetzt sind die Perspektiven im Zusammenhang mit der Entwicklung des Archivzentrums auf das Jahr, ich sage mal, 2035 hinausgeschoben. Das heißt, dass die Havemann-Gesellschaft in diesem gesamten Zeitraum in dem Gelände weiter in einer Notsituation agieren muss, zusätzlich unter den Bedingungen, dass die zur Verfügung stehenden Flächen nicht ausreichen, also schon jetzt nicht ausreichen. Ein Teil der Archivbestände musste in Bundesflächen nach Frankfurt/Oder ausgelagert werden, und damit kann natürlich auch nicht richtig gearbeitet werden. Wenn Sie sich das jetzt vorstellen: Die Havemann-Gesellschaft ist jetzt mit dem Archiv fünf Jahre da, und die Flächen reichen schon lange nicht mehr, was passiert dann sozusagen in den nächsten 10, 15 Jahren? Da muss unbedingt geholfen werden. Eine Besserung der Situation ist jetzt dadurch gegeben, dass nicht mehr ein Privateigentümer Eigentümer der Immobilie im Haus 17 ist, in dem die Havemann-Gesellschaft untergebracht ist, sondern dass das jetzt Berlinovo gehört. Damit ist zumindest die angedrohte Kündigung erst mal vom Tisch.

Aber die anderen Probleme bleiben weiter bestehen. Das wäre auch etwas an den Staatssekretär, dass ich darum bitten würde, dass in den Gesprächen mit dem Bund auch die Situation der Havemann-Gesellschaft noch mal angesprochen wird.

Dann zur Situation des Campus für Demokratie: Einmal die Frage nach dem Standortmanagement: Seit 2018 hat das Standortmanagement – ich verkürze das mal – von der Art der Beauftragung her hauptsächlich moderierende Funktionen. Wenn man das Gelände entwickeln will, muss der Auftrag, ob das die jetzt beauftragte Gesellschaft oder irgendetwas anderes ist, erweitert werden. Wenn es um die Entwicklung und das Management der Anrainer – also nicht nur der Eigentümer, sondern auch der Institutionen, die dort angesiedelt sind – und um den gesamten Entwicklungsprozess und die Bauphase geht, dann braucht es ein vernünftiges Management, das über die bisherigen Aufträge des Standortmanagements weit hinausgeht. Man sollte sich damit befassen, das Land zusammen mit dem Bund überlegen, wie damit umgegangen wird und was die geeignete Konstruktion ist, um die Entwicklung zu begleiten.

Ich will in dem Zusammenhang auch gleich auf die Zwischenzeit hinweisen. Man kann sich denken, dass das, egal welche Phase das ist und welches Haus gerade gebaut, saniert und umgestaltet wird, Auswirkungen auf die Angebote hat, die jetzt dort im Gelände sind und gute Angebote sind, die sehr gern in Anspruch genommen werden. In der Vorpandemiezeit waren allein im Stasimuseum 2019 120 000 Besucher. Die gleiche Größenordnung gilt für die Open-Air-Ausstellung, und auch die anderen Angebote wurden gut angenommen. Dass die auch über diese ganze Planungs- und Bauphase hinweg weiter in guter Qualität ihr Publikum finden können, dafür muss auch immer gesorgt werden.

Zu den Rückfragen zu dem Archivzentrum und den, ich sage immer, ständigen Zweifel an der Sinnhaftigkeit und der Perspektive der Umsetzung des Archivzentrums will ich nur sagen: Es gab dazu 2019 Bundestagsbeschlüsse und einen Koalitionsvertrag des Bundes, in dem das festgeschrieben wurde, Gespräche der Kulturverantwortlichen mit BKM und in diesem Jahr nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie und deren Kostenschätzung eine Verständigung der Kulturobleute mit BKM und noch mal eine klare Aussage vom BKM an das Bundesarchiv, die Entwicklung dieses Standorts, als einen von zahlreichen anderen Standorten des Bundesarchivs, die auch entwickelt werden müssen, vorzunehmen. Lichtenberg wird der Standort mit den gesamten Unterlagen der DDR sein, genauso wie es Standorte gibt, wo zur Bundesrepublik und zum Dritten Reich Extrastandorte entstehen. In diesem Sinne wird das dort entwickelt. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass der Bundestagsbeschluss von 2019 nicht nur ein rein archivfachlicher, sondern durchaus auch ein politischer Beschluss war. Aus guten Gründen hat man sich entschlossen, mehrere Standorte des Stasiunterlagenarchivs vorzuführen, nämlich einen in jedem der neuen Bundesländer und den Standort in Lichtenberg. Es gibt es ausführliche und sehr stichhaltige Begründungen, warum das sinnvoll ist. Ich werde das hier nicht noch mal weiter ausführen. Man kann davon ausgehen, das ist auch in diesem Jahr mehrfach bekräftigt worden, dass es diesen Archivstandort dort als ein Archivzentrum geben wird, auch wenn es länger dauert, bis das umgesetzt ist.

Dann war die Frage nach den Partnern. Das ist ein bisschen im Zusammenhang zu sehen. Das sind natürlich erst mal neben den Eigentümern alle Institutionen, die dort in dem Gelände wirken, und das Zusammenspiel dieser Institutionen, die manchmal auch gegenläufige Interessen, aber auf jeden Fall sehr eigene Aufgaben und Interessen haben. Das ist schon ein

wichtiger Punkt, der gemanagt werden muss. Wenn man sagt, man will dort mehrere Zehntausendquadratmeterflächen entwickeln und erschließen, heißt das auch, dass dort weitere neue Partner dazukommen werden, die natürlich in den Prozess miteinbezogen werden müssen – ganz klar und ganz wichtig –, und diese Aufgabe sollte mit der Entwicklung des Geländes angegangen werden.

Dann jetzt zum Forum Opposition und Widerstand: Was sind die nächsten Schritte? – Sowohl von Bund und Berlin ein klares Bekenntnis dazu, dieses Forum Opposition und Widerstand umzusetzen. Das heißt, es bedarf der Beschlüsse sowohl des Abgeordnetenhauses als auch des Bundestages, da es sich ja, wie ich gelernt habe, bei so einem Projekt immer um eine Bund-Landes-Finanzierung handeln wird. Damit das in den entsprechenden Haushalten verankert werden kann, muss es erst mal diese Beschlüsse geben, nachdem die Machbarkeitsstudie vorliegt. Und dann ist aus meiner Sicht auch ein neuer Senatsbeschluss nötig, in dem sich Berlin nicht nur dazu bekennt, die Entwicklung dieses Forums zu unterstützen, sondern das auch als eigene Aufgabe ansieht.

Zu den Fragen der Standortmöglichkeiten des Forums Opposition und Widerstand: In der vorliegenden Machbarkeitsstudie sind zwei Standorte untersucht und in den Blick genommen worden. Dabei handelt es sich um Flächen, die den auf der Karte eingezeichneten blauen Bereich betreffen, das heißt, die im Eigentum des Landes oder des Bundes sind. Es war eine Auflage, die von BKM an die Havemann-Gesellschaft gestellt wurde, dass sie keine Flächen, die nicht in öffentlicher Hand sind, in den Blick nehmen soll, um nicht irgendwelche Forderungen aufzumachen. Aber wenn Sie sich meine Worte, die ich vorhin gesagt habe, in Erinnerung rufen, dass in den blauen Flächen das Archivzentrum entwickelt werden soll, dann sehen Sie die Problemlage und dass es dort diesen Konflikt gibt. Ich denke, als nächsten Schritt geht es erst mal darum, das Gesamtgelände in den Blick zu nehmen und zu gucken, ob es auch noch andere Bereiche gibt, wo dieses Forum Opposition und Widerstand umgesetzt werden kann. Das sollte zumindest untersucht werden, um dann letztendlich zu entscheiden, was der geeignetste Standort ist.

In dem Zusammenhang will ich noch darauf hinweisen, dass das Haus 18 bisher nicht in die Untersuchung einbezogen ist. Aus den Gesprächen mit Berlinovo habe ich aber deutliche Signale bekommen, dass Berlinovo in den Plattenbauten zwar ein hohes Entwicklungspotenzial sieht, aber, was das Haus 18 betrifft, unbedingt eine Ankernutzung nötig ist und die vor allen Dingen im kulturellen Bereich gesehen wird. Schon allein aus diesem Grund wird es erforderlich sein, dass dieser Standort in Bezug auf das Forum Opposition und Widerstand untersucht wird.

Dann war noch die Frage zu Überlegungen zu 2024. Das wird dann sein, wenn es bei der Umsetzung des Jubiläums um die Entwicklung von Kulturprojekten und darum, wie sich das in dem Gelände in dem Jahr gestalten wird, geht. Erstmals steht es ja im Beschluss des Abgeordnetenhauses drin, dass das mit einer der Standorte sein soll, die in das Jubiläum einbezogen werden, aber ich denke, konkrete Überlegungen dazu werden erst im nächsten Jahr entwickelt werden. – Habe ich jetzt etwas vergessen?

Checkpoint Charlie: Gestatten Sie mir da noch eine kleine Abschweifung. Als ich 2018 neu im Amt war, habe ich mir die verschiedenen Aufgaben für mein Haus und auch die Erinnerungsorte in Berlin, die einer Befassung bedürfen, angeguckt. Ich habe mich dazu entschlos-

sen, mich mit der Keibelstraße und dem Campus zu befassen. Schon die komplexe Lage an beiden Orten war für fünf Jahre eine große Herausforderung. Ich hatte mich auch mal in die Problemlage des Checkpoints einführen lassen, die an diesem Standort auch sehr kompliziert ist. Ich will nicht denselben Fehler machen, den ich bei vielen Bemerkungen Richtung Keibelstraße und Campus für Demokratie immer wieder erleben muss, dass sich Leute ihre persönliche Meinung zu der grundsätzlichen Beurteilung des Ortes und der Entwicklungsperspektiven machen, und „daherschwätzen“. Deshalb will ich als erstes darauf hinweisen, dass in der Sache sicherlich der Direktor der Stiftung Berliner Mauer Axel Klausmeier derjenige ist, den man dazu fragen muss, der absolut im Thema steht und sich auch mit der aktuellen Problemlage befasst hat. Aus meiner Sicht – wirklich rein persönlich, ohne da in der Materie zu sein – denke ich, dass das komplette Zubauen des Ortes sicherlich den Eindruck des Ortes stark verändern würde. Dann ist es aus meiner Sicht schwierig, die Geschichte des Ortes adäquat zu vermitteln. Die Vermittlung der Ortsgeschichte ist, denke ich, die Hauptaufgabe an diesem Standort. – Danke schön!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Vielen Dank! – Ich würde jetzt Herrn Staatssekretär Dr. Wöhlert noch mal das Wort geben, um die an ihn adressierten Fragen zu beantworten.

**Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich mache es kurz. Eine Frage ging Richtung Forum Opposition und Widerstand: Wo können wir uns eine Unterbringung vorstellen und Neubau oder Sanierung? – Das Land Berlin ist da nicht entschieden. Es gibt einen favorisierten Standort, das hat Tom Sello eben gesagt, der sich auf den Bundesflächen befindet. Aber für uns wäre theoretisch auch denkbar, dass man das unten an der Frankfurter Allee macht, entweder in dem existierenden Gebäude, das für den Flächenbedarf des Forums wahrscheinlich etwas klein geraten wird, es sei denn, man kann es so entkernen, dass dann wirklich auch eine Archivnutzung möglich ist. Da sind ja noch Gewichte drauf, oder ein Neubau, wie schon an mehreren Stellen gesagt, sodass wir andere Pläne, die wir mit diesen Immobilien hatten, hintangestellt haben und sie für die Entwicklung des Geländes zur Verfügung stellen. Das meinte ich vorhin auch ein bisschen mit Flächenkonkurrenz. Da greift ja die Machbarkeitsstudie auch in Sachen Archiv. Da sind wir offen.

Herr Juhnke fragte nach der Keibelstraße. Die Frage kann ich sehr direkt und klar beantworten: Die Federführung liegt seit kurzem bei der Kulturverwaltung. Das ist so verabredet. Nachdem die Machbarkeitsstudie jetzt draußen veröffentlicht ist und die Machbarkeit sowohl finanziell, räumlich als auch inhaltlich beschreibt, haben wir gesagt, dass wir von da die Federführung übernehmen, und das ist dann auch so.

Letzte Bemerkung zu dem, was Tom Sello zu Haus 18 gesagt hat: Ja, auch wir kennen dieses Gebäude schon eine Weile. Dort ist eine kulturelle Nutzung sehr gut vorstellbar. Das haben erste Besichtigungen ergeben. Weswegen wir immer davor zurückschrecken, darüber nachzudenken, war auf der einen Seite der Preis, um das Haus zu erwerben, und dann die Summe, die für die Sanierung aufgerufen wurde. Beides wäre aus dem Kulturhaushalt nur schwer darstellbar. Aber wenn das dann gekauft und saniert ist, ist da eine kulturelle Nutzung sehr gut vorstellbar, allein schon wegen der inneren Raumverhältnisse. Dort gibt es große Säle, die nur mit Säulen gestützt sind, das findet man der Stadt nicht mehr so häufig, für Veranstaltungsformate durchaus gut geeignet.



**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Dann würde ich jetzt noch mal Frau Staatssekretärin Radziwill das Wort geben.

**Staatssekretärin Ülker Radziwill (SenSBW)** [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich möchte ganz kurz auf die Fragen, die ich bekommen habe, antworten. Zum einen wurde nach dem Zeitplan des B-Plans gefragt. Der Zeitplan für den B-Plan mit den inhaltlichen Abhängigkeiten wird bis Mitte Januar erarbeitet, also im Januar nächsten Jahres. Da bitte ich um noch ein bisschen Ungeduld. Das können wir Ihnen dann gern noch nachliefern, wenn das gewünscht ist. Aber darauf kann ich jetzt aktuell nicht detailliert eingehen, das ist, wie gesagt, in Prüfung.

Dann wurde nach dem Standortmanagement gefragt. Das Standortmanagement ist noch für das Jahr 2023 gebunden, also noch ein Jahr verlängert worden, soweit ich informiert bin. Wichtig ist vielleicht noch in dem Zusammenhang, dass wir auch prüfen, ob und welche weiteren gesetzlichen Gutachten, neben denen, die vom Bezirk erarbeitet worden sind, noch notwendig sind. Das ist auch noch ein Punkt, auf den ich Sie hinweisen möchte.

Vielleicht noch kurz zur Ankaufsstrategie: Neben dem Betreiben des B-Plan-Verfahrens engagiert sich das Land Berlin bei der Entwicklung des Campus auch durch die Realisierung von Flächenankäufen. Dadurch entstehen Möglichkeiten konkreter Einflussnahme, das ist uns natürlich wichtig, die über die planungsrechtlichen Schranken hinausgehen. Die Ankaufsverhandlungen der Berlinovo mit dem Eigentümer des Ärztehauses sind ja erfolgreich verlaufen. Das haben Sie ja schon kurz angesprochen. Der Eigentumsübergang zugunsten der Berlinovo erfolgte am 1. November dieses Jahres. Damit konnte ein wichtiger Flächenanteil rekommunalisiert werden, was nicht nur im Grundsatz zu begrüßen ist, sondern auch die langfristige Sicherung der öffentlichen Erschließung des Gesamtgeländes erheblich vereinfacht.

Ich will noch anmerken, dass ich im Ausschuss um Verständnis bitte, dass weitergehende inhaltliche Ausführungen über die Inhalte der Machbarkeitsstudie oder zu weiteren Ankaufsstrategien jetzt nicht erläutern werden können, da diese noch in einem Arbeitsprozess sind und noch nicht alles abgeschlossen ist.

Ich will zum Schluss noch anmerken: Die Ergebnisse, die wir jetzt haben, sind schon sehr gut, finde ich zumindest. In den Ergebnissen, die wir in den zurückliegenden zwölf Monaten erreichen konnten, ist in der Entwicklung des Campus für Demokratie ein Fortschritt zu erkennen. Der Übergang von einer konzeptionellen Phase in den letzten Jahren hin zu einer Phase der Realisierung ist somit erfolgt. Das ist aus meiner Sicht ein Meilenschritt. Es ist offensichtlich, dass wir noch nicht am Ende dessen sind, was wir erreichen wollen, das ist klar. Aber wir sind auf dem Weg dahin, und ich hoffe, dass der Bund als maßgeblicher Akteur so bald wie möglich die Entscheidung trifft, die uns gemeinsam die Realisierung des Campus für Demokratie vor Ort ermöglicht. Ich halte den Ort für so ein Vorhaben für sehr geeignet und kann Ihnen versichern, dass wir als Land Berlin alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um diesem Standort die Entwicklung und damit die Bedeutung zukommen zu lassen, die er angesichts seiner Historie verdient. In diesem Sinne freue ich mich über die Unterstützung auch in diesem Ausschuss! – Vielen Dank!

**Vorsitzende Laura Neugebauer:** Okay. – An der Stelle vielen Dank an alle Beteiligten! Bevor ich diesen Tagesordnungspunkt vertage oder beende, möchte ich mich insbesondere noch

mal bei Herrn Sello bedanken, der heute wahrscheinlich das letzte Mal in seiner Position bei uns im Ausschuss anwesend sein wird. Als Dank für seine Arbeit würde ich ihm gern im Namen des Ausschusses – ich renne jetzt einmal gleich kurz nach hinten – einen Blumenstrauß überreichen. Dann komme ich ganz schnell zurück, dann machen wir Verschiedenes und dann sind wir hoffentlich mit der Ausschusssitzung gleich fertig. Noch mal vielen Dank für Ihre Zeit! Ich frage jetzt einmal: Wollen wir das Thema vertagen oder abschließen? – Dann vertagen wir den Tagesordnungspunkt bis zum Wortprotokoll.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.